:antifaschistische nachrichten

Nr. 20

g 3336 26.9.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

353 rechte Straftaten – darunter ein Todesopfer – im August

BERLIN. 353 rechtsextremistische Straftaten wurden im August registriert. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die monatliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke hervor. Die Gesamtzahl rechter Straftaten in diesem Jahr steigt damit auf über 2.600 Straftaten an.

Jeden Tag finden damit in diesem Land durchschnittlich elf rechtsextremistische Straftaten statt. Opfer sind wie in den Vorjahren meist MigrantInnen und Flüchtlinge.

Erstmals in diesem Jahr verzeichnet die offizielle Statistik wieder ein Todesopfer. Im saarländischen Sulzbach wurde ein 19-jähriger Mann türkischer Herkunft am Rande eines Dorffestes von Skinheads erstochen. In der Wohnung des Haupttäters fand die Polizei später eine Hakenkreuzfahne. Die Skinhead-Gruppe, zu der der Täter gehörte, wurde nach Presseberichten vom Verfassungsschutz schon lange beobachtet. Die Mordtat wurde dadurch nicht verhindert.

Weitere 30 Personen wurden im August durch rechte Schläger verletzt, zum Teil schwer. In einem Fall geht die Polizei sogar von einer versuchten Tötung aus.

330 Tatverdächtige wurden von der Polizei ermittelt, 73 davon festgenommen. Nur in 17 Fällen erging am Ende auch ein Haftbefehl gegen die braunen Straftäter.

Die neue Statistik zeigt: Rechte Gewalt ist in diesem Land weiterhin verbreitet und immer noch eine tödliche Gefahr. Die Behauptungen von Bundesinnenminister Schily und anderen über einen angeblichen Rückgang rechter Gewalt sind grob fahrlässig und unbegründet.

Ulla Jelpke ■

Aus dem Inhalt:



„NPD - Raus aus Freiburg" – das forderten am 14.9. über 10000 Menschen, 150 angereiste Neonazis kamen vom Bahnhof nicht weg. **Bericht Seite 5**

„Rechts" wählte Stoiber

Die Wahlergebnisse für die „Republikaner" sind für sie niederschmetternd. Sie haben 625 648 (Zweit-) Stimmen verloren und sanken von 1,% auf 0,6%. Selbst in ihrer Hochburg in Baden-Württemberg fielen sie von 4,0% auf 1,1%. Die NPD konnte sich um 88 301 Stimmen steigern, aber erzielte letztlich wieder ein Nullkomma-Ergebnis: 0,4% (1998: 0,3%). Die Schillpartei kam bundesweit auf 399 757 Stimmen und 0,8%. In Hamburg erzielte sie mit 4,2% ein besseres Ergebnis, konnte aber an ihren Erfolg bei den Landtagswahlen überhaupt nicht anknüpfen.

Konservative Parteien wie die ödp, das Zentrum oder die Bayernpartei haben 0,1%-Ergebnisse, letztere hat selbst in Bayern nicht punkten können.

Stoiber hat die rechten Wähler also weitgehend an sich gezogen. So haben die rechten Parteien alle auch ein sehr schlechtes Erststimmenergebnis. Ein Hinweis darauf, dass viele die CDU oder auch FDP-Kandidaten gewählt haben.

Die Herausbildung einer größeren neofaschistischen oder rechtspopulistischen Partei ist wohl für längere Zeit erschwert. Die „Republikaner" können zur Zeit keine Kräfte binden und der Versuch der Schillpartei, bundesweit zu agieren, ist auch gescheitert. Zeitungen wie die „Junge Freiheit" und offenere rechte Vereinigungen, die schon immer gute Verbindungen zum konservativen Lager pflegen, werden ihre Aktivitäten sicher ausbauen.

Denn eine Lehre wird es im rechten und konservativen Lager geben: nur geschlossen kann man Rot-Grün und die PDS in die Schranken verweisen. Diesmal ist Stoiber knapp gescheitert. In vier Jahren werden die Konservativen es erneut versuchen und dazu können sie eine rechtsextreme Partei schlecht gebrauchen. Also werden sie Positionen aus diesen Kreisen aufnehmen, bzw. entwickeln. Stoiber und seinesgleichen können jetzt wieder die Wahlkampf-Kreide zur Seite legen und neue Hetzkampagnen gegen Minderheiten vorbereiten. Die Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes zum 1.1.2003 und die Klage dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht sind Themen, an denen die CDU bereits arbeitet.

Stoiber ist verhindert worden, aber die linken und antifaschistischen Kräften haben kaum jemand unter den Bundestagsabgeordneten, der an ihren Themen arbeitet. Annelie Buntenbach hatte bei den Grünen keine Chance mehr, die PDS scheiterte an der 5%-Hürde und damit ist auch Ulla Jelpke nicht mehr im Bundestag. Schade, ihre Arbeit wird uns fehlen. Das kann aber kein Grund dafür sein, bei Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus nachzulassen. Im Gegenteil. *Ulrike Bach, Jörg Detjen* ■

Thorsten Heise zieht um

Göttingen. Wenn es um den Erwerb respektabler Immobilien geht, sind deutsche Nazis derzeit Trendsetter. In der faschistischen Szene boomt der Hauskauf: unter anderem in Trebnitz in Sachsen-Anhalt, im sächsischen Gränitz, in Sassnitz auf Rügen, Zittau, Scharbow und Amholz in Mecklenburg Vorpommern und dem niedersächsischen Loosen versuchen Nazis das Konzept der „National Befreiten Zonen“ umzusetzen. Besonders verlockend sind dabei Immobilien im Osten Deutschlands, weil hier nach Aussage von Christian Worch die Preise billiger und die Akzeptanz in der Bevölkerung größer sei. Die Nazis bemühen sich in der Mehrzahl um einen guten Kontakt zur Bevölkerung und die Eingliederung in die örtlichen Dorfstrukturen. Gleiches gilt offenbar auch für das etwa 25 Kilometer von Göttingen entfernte Fretterode. In diesem thüringischen Dorf hat sich der Führer der „Kameradschaft Northeim“, Thorsten Heise, ein neues Domizil zugelegt. Das dreigeschossige, als Pflegeheim genutzte Herrenhaus stammt aus dem 19. Jahrhundert und steht unter Denkmalschutz. Nach dem Mauerfall wechselte es in Privatbesitz, wurde an die Heimleitung vermietet und ist jetzt von Heises Frau, Nadine Quentin, aufgekauft worden. Der Betrieb des Alten- und Pflegeheimes wird offiziell Anfang Oktober d.J. in Wahlhausen wieder aufgenommen, aus Fretterode ausgezogen sind Angestellte und HeimbewohnerInnen schon Ende August. Schon jetzt renoviert Heise mit Hilfe seiner Kameraden die Außenbauten auf dem imposanten Grundstück. Gegenüber Journalisten versicherte er, das Haus mit seiner Frau, seinem Kind und seinen Schwiegereltern lediglich privat zu beziehen: „Kein Schulungszentrum, wie bei Hupka“. Der nämlich hat die Aufsicht über Planung und Bauarbeiten des neuen „Nationalen Schulungszentrums Mitteldeutschland“ in Trebnitz übernommen. Aufgrund der Lage des Hauses in der Mitte von Fretterode ist die Durchführung von großen Konzerten wie in Northeim geschehen eher unwahrscheinlich. Angesichts der Größe von Haus und Grundstück liegt aber die Vermutung nah, dass sich das ehemalige Pflegeheim schnell zu einem Treffpunkt von überregionaler Bedeutung entwickeln könnte und entgegen Heises Behauptungen nicht nur als privater Wohnraum genutzt wird. *kb* ■

Proteste gegen Schill-Partei

Ludwigshafen. Am Sonntag, 8. September, veranstaltete die Partei Rechtstaatliche Offensive, die sogenannte Schill-Partei, eine „Massenmanifestation“ auf dem Europaplatz in Ludwigshafen. Hauptredner sollte der Rechtspopulist und Hamburger Innensenator Ronald Barnabas Schill sein.

Etwa gegen 18 Uhr hatten sich zahlreiche Menschen um die großräumig abgesperrte Rednerbühne der Schillpartei eingefunden. Ca. 10 Mitglieder der Partei, 50 PolizistInnen, 15 „interessierte“ BürgerInnen und etwa 30 linke AktivistInnen.Bereits der Vorredner wurde von den anwesenden AktivistInnen frenetisch gefeiert: Unter den „Sicherheit, Sicherheit“ und „Schill, Schill – Gartengrill“-Sprechchören war die Rede nicht zu verstehen. Wahrscheinlich ging es darum, dass Schill sich verspäten würde und das, obwohl sein Autokorso bereits vor 18 Uhr in der Innenstadt gesehen wurde.

18.30 Uhr dann Auftritt Schill: drei Limousinen, angeführt von zwei Motorrad-Polizisten, treffen am Europaplatz ein. Schill wird von den AkivistInnen mit „Ruhe, Ordnung, Pünktlichkeit“ und „Wir wollen die Knarre sehen, wir wollen die Knarre sehen“ Sprechchören empfangen. Der Versuch einer Rede wird von „Todesstrafe für Ruhestörer“ Rufen übertont. Nach nur drei Minuten (!) gibt Schill entnervt auf und verlässt Ludwigshafen in Richtung Schwetzingen.

Zumindest in Ludwigshafen hat sich Richter Gnadenlos gnadenlos lächerlich gemacht *9.9.2002*

www.Juz-Mannheim.de/aktuell ■

Union fördert Rechtsextremismus

Hannover. Gegen Schluss des Wahlkampfes wird auf Seiten der CDU/CSU und der FDP ungeniert und hemmungslos ausländerfeindliche und antisemitische Stimmungsmache betrieben. Damit wird Rechtsextremismus gefördert, kritisiert die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) in einer Stellungnahme ihres Bundessprechers Peter-Christian Walther. Mit ihren durchsichtigen Versuchen, nunmehr erneut ausländerfeindliche Stimmungsmache für Stimmenfang zu nutzen, stellt sich die CDU/CSU gegen den Appell des Deutsche Bundestages, den das Parlament in seiner Entschließung gegen Rechtsextremismus an alle politischen Kräfte richtete: Wahlkampf nicht auf dem Rücken der Ausländer zu betreiben. Genau dies tun jetzt aber Stoiber, Beckstein und Co.

Ebenso wird auf Seiten der FDP erneut versucht, mit antisemitischer Stimmungsmache auf Stimmenfang zu gehen. Das führt dazu, Antisemitismus zu fördern und ist deshalb ebenfalls auf das Schärfste zu verurteilen, so die VVN.

Internet: www.vvn-bda.de ■

Wahlveranstaltung der „Republikaner“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Frankfurt. Die für den Nachmittag des vergangenen Freitag, 13. September auf dem Römerberg angekündigte Wahlveranstaltung der „Republikaner“, an der drei hessische Direktkandidaten, der hessische Landesvorsitzende sowie der Bundesvorsitzende dieser Partei teilnahmen, fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit, vor etwa 60 herbeigekarrten und hinter einer doppelten Reihe von Absperrgittern eingegitterten Republikaner-Jublern statt. Etwa dreihundert GegendemonstrantInnen sowie mehreren hundert PolizeibeamtInnen waren vor Ort. Das Wahlvolk blieb erwartungsgemäß zu Hause ...

Ab etwa 14.30 Uhr sammelten sich zahlreiche GegendemonstrantInnen auf dem Römerberg und bestimmten hier das Bild, beobachtet von selektiv nach jüngeren Menschen Ausschau haltenden Polizeibeamten im Kampfanzug. Eine Gruppe von etwa 20 uniformiert auftretenden privaten Sicherheitskräften der Republikaner (schwarzes T-Shirt mit weißer Aufschrift „Sicherheitsdienst“, schwarze Hose) hielt sich bereits lange Zeit vor Beginn der Veranstaltung im für die Versammlung eingezäunten Bereich auf. Nachdem einer von ihnen dabei beobachtet worden war, wie er mit einem Totschläger in Form einer Stahlrute hantierte, wurde er auf Betreiben von Gegendemonstranten festgenommen und seine Waffe beschlagnahmt. Sprecher der Anti-Nazi-Koordination verlangten daraufhin von der Polizeiführung vor Ort, die Veranstaltung sofort zu beenden sowie festzustellen, welche Bewaffnung andere „Sicherheitsdienst“-Leute der „Republikaner“ bei sich führten. Der Einsatzleiter vor Ort war für die GegendemonstrantInnen nicht zu sprechen. Einer seiner Mitarbeiter verkündete gemütlich, er könne doch nicht von einem Fall auf alle anderen schließen und werde noch nicht einmal die Sicherheitsleute der „Republikaner“ durchsuchen lassen, geschweige denn die Veranstaltung beenden. Er wurde von Seiten der Gegendemonstranten darauf hingewiesen, dass die zu vermutende Bewaffnung des REP-Sicherheitsdienstes einen Verstoß gegen das Versammlungsrecht darstelle, was ihn allerdings in keiner Weise zum Handeln veranlasste.

... Die gleiche liberale Haltung der Polizei, die diese den „Republikanern“ sichtlich angedeihen ließ, herrschte gegenüber den GegendemonstrantInnen sowie auch gegenüber anwesenden Pressevertretern keineswegs. Schon lange vor Beginn der Veranstaltung beschlagnahmte die Polizei einen Stoffbeutel mit 46 Trillerpfeifen und einer Kindertröte (Eigentum der IG Metall), im Verlauf der

Veranstaltung eine mobile Verstärkeranlage (Eigentum des StadtschülerInnenrats) sowie ein T-Shirt in Polizeigrün mit der Aufschrift „POLIZEI“, das ein Gegendemonstrant trug ...

Auffällig war die Nervosität der Polizei gegenüber allen videofilmenden und fotografierenden Menschen, die sie für Gegendemonstranten hielt. Der Versuch, ein Videoband mit Aufnahmen polizeilicher Arbeit zu beschlagnahmen, schlug fehl. Die Personalien eines Pressefotografen, Vertreter von Associated Press, wurden in einem äußerst ruppigen Ton und unter völlig unnötigem Körpereinsatz der Polizei abgefragt und festgehalten, seine Kamera allerdings nicht beschlagnahmt.

... Doch allen sattsam bekannten Problemen dieser Art gegenüber halten wir fest: innerhalb von wenigen Tagen hat die Anti-Nazi-Bewegung in Frankfurt es zweimal faktisch geschafft, dass Neonazis, Antisemiten und Rassisten unter dem Deckmantel der Meinungs- und Versammlungsfreiheit ihre gegen alle Grund- und Menschenrechte gerichtete Ideologie nicht verbreiten konnten. Wir haben verstanden, dass wir uns dafür nicht auf Polizei und Gerichte verlassen dürfen, sondern diese Aufgabe selber lösen müssen und können. Und das werden wir auch weiterhin tun, damit Frankfurt bunt bleibt, und nicht braun wird.

Anti-Nazi-Koordination ■

Es gibt nichts zu feiern – Leipzig am 3. Oktober

Demonstrationsaufruf der Aktions-Gruppe 3. Oktober

Am „Tag der Deutschen Einheit“, dem 3. Oktober 2002, plant der Hamburger Neonazi Christian Worch, genau wie die Monate zuvor, mit seinen Anhängern durch Leipzig zu marschieren. Worch will die unter dem Motto „Weg mit den Mauern in den Köpfen“ stattfindende Demonstration zu einem überregionalen Neonaziaufmarsch hochschaukeln und kündigte ferner an, bundesweit mehrere Tausend Rechte für diesen „Feiertag“ zu mobilisieren.

Die Demonstration am 3. Oktober wird die nunmehr achte derartige Veranstaltung in Folge sein. Worchs erklärtes Ziel, mit seinen Kameraden bis zum Völkerschlachtdenkmal zu marschieren, hat er bisher noch nicht erreicht. Ans Aufgeben denkt er unterdessen nicht.

Während die Leipziger Antifa teilweise mehrere Tausend Gegendemonstranten, zuletzt am 6. April, auf die Straße gebracht hat, um sich dem braunen Mob entgegenzustellen, sinkt die Beteiligung seitens der Linken in letzter Zeit rapide. ... Es ist Zeit, diesen Faschisten mit Nachdruck klar zu machen, dass sie auf unseren Straßen und in dieser Gesellschaft nichts zu suchen haben. *weiter S.4*

Veranstaltung „Rechtspopulismus in Europa“ 2.11.2002, 10 - 16.30 Uhr, Hannover, Freizeitheim Linden

Der Rechtspopulismus ist in vielen europäischen Ländern seit einiger Zeit wieder auf dem Vormarsch. Die letzten – auch medienwirksamen – Ereignisse sind nicht allzu lange her und verdeutlichen die weit verbreitete Popularität rechter und rechtsextremer Ideologien. Da waren die Erfolge von Jean-Marie Le Pen, der als Präsidentschaftskandidat der rechtsextremen Front National in Frankreich in die Stichwahl gegen Jacques Chirac aus dem bürgerlichen Lager kam und nur durch großen öffentlichen Druck (auch von der Straße) und der Entscheidung der Linken für Chirac zu stimmen, nicht in den Elysée-Palast einziehen konnte.
Ebenso der Erfolg der Partei „Liste Pim Fortuyn“ des niederländischen Rechtspopulisten Pim Fortuyn, der einem Attentat zum Opfer fiel, aber schon vor der Wahl in den Niederlanden großen Zulauf und Attraktivität mit seinen Parolen hatte.
Auch in anderen europäischen Ländern ist rechtspopulistisches und ausländerfeindliches Gedankengut weiterhin salonfähig und Parteien an Regierungskoalitionen beteiligt, wie z. B. in Österreich und Italien.

In der vom DGB –Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben gemeinsam veranstalteten Tagung werden verschiedene Aspekte des umfangreichen Themas ‚Rechtspopulismus‘ näher beleuchtet.

● In seinem Einleitungsreferat wird der bekannte Rechtsextremismusforscher *Prof. Dr. Hajo Funke* von der FU Berlin auf die allgemein zu bemerkenden Entwicklungen in Europa eingehen und die sozialen und plitischen Hintergründe für die Wahlerfolge und Stimmenzuwächse rechtspopulistischer Parteien aufzeigen. Neben der so genannten Konsensdemokratie, die in vielen Ländern praktiziert wird und Politik in fernen, abgehobenen Kungelrunden stattfinden lässt (statt im öffentlichen Raum die Diskussionsfähigkeit auszubauen), sind es aber auch soziale Ängste, die angesprochen werden, in einer Zeit, die immer noch von einer hohen Arbeitslosigkeit und tiefgreifenden Veränderungen durch das neoliberale Modell der Globalisierung geprägt ist. Und nicht zuletzt sind es immer noch die seit langem bekannten Angriffe auf Flüchtlinge, MigrantInnen und soziale Minderheiten, die als Sündenböcke für soziale Ungleichheiten herhalten müssen.

● In den weiteren Referaten werden länderspezifische Entwicklungen vorgestellt, wie sie in den Niederlanden (Referent: *Harm Brouwer*) und in Frankreich (Referent: *Bernhard Schmid*, Paris) vorzufinden sind. Dort sind es in jüngster Zeit die Wahlerfolge rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien gewesen, die viele Menschen aufgeschreckt haben und zu einem Prozess des Nachdenkens über die politische Systeme geführt haben.

● In einem weiteren Referat wird die besondere Situation in Polen – einem Beitrittskandidaten zur EU – beleuchtet, in dem ebenso tiefgreifende soziale Verwerfungen nach dem Systemwechsel stattgefunden haben und ebenso rechtspopulistische Tendenzen auszumachen sind.

● Nachmittags tagen Arbeitsgruppen gemeinsam mit den Referenten.

Anmeldungen für diese Tagung sind zu richten an den
DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Ute Bergmann, Dreyerstr. 6, 30169 Hannover, fon: 0511-12601-61, fax: 0511-12601-57

Eine Tagungsgebühr wird nicht erhoben. Ein Mittagessen kann für 8 Euro mit der Anmeldung bestellt werden.



ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

Über 40000 Menschen kamen am 14.9. zum Aktionstag „Her mit dem schönen Leben“ nach Köln, zum dem dieGewerkschaftsjugend, attac, Friedensgruppen u.a. aufgerufen hatten. Neben den sozialen Folgen der Globalisierung war vor allem der bevorstehende Krieg gegen den Irak Thema auf Kundgebungen und Transparenten.

Leipzig darf kein zweites Wunsiedel werden – deshalb muss friedlich aber konsequent gegen den Neonaziaufmarsch am 3. Oktober vorgegangen werden. Den Neonaziaufmarsch stoppen – es ist machbar!

aktuelle Infos
http://de.indymedia.org/antifa.shtml ■

Projekte gegen Rechts in Gefahr

ERFURT. 38 regionale und lokale Initiativen gegen Rechts, die aus Geldern des Bundesprogramms „Civitas" gefördert werden, sehen sich jetzt in ihrer Existenz gefährdet. Das betrifft auch die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Thüringen (Mobit). In einem gemeinsamen Aufruf wenden sich jetzt 19 dieser Initiativen an die Öffentlichkeit. Der Grund: Die für das erste Quartal 2003 eingestellten Mittel in Höhe von 1,4 Mill. Euro decken nur einen Bruchteil der Ausgaben der bewilligten Projekte. Damit sind lediglich die Personalkosten abgesichert. Die Finanzierung anderer Kosten ist nicht gewährleistet und die Mehrheit der Projektträger ist nicht in der Lage, diese Kosten aus Eigenmitteln zu übernehmen. „Damit ist der Bestand der Projekte über das Jahr 2002 hinaus gefährdet", so der Vereinsvorsitzende von „Mobit", DGB-Landeschef Frank Spieth. Die Beteiligten fordern vom Bund, umgehend eine finanzielle Lösung für das erste Quartal 2003 zu finden. Auch müsse, unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl, sichergestellt sein, dass das Civitas-Programm beibehalten werden könne. Auch in Thüringen sei engagiertes und langfristiges Handeln gegen Rechtsextremismus notwendig.

Quelle: Thüringer Landeszeitung, 9.9. ■

Ersatzorganisation für Unité radicale steht bereit

PARIS. Am 6. August dieses Jahres war die militante Neonazi-Gruppierung Unité radicale (UR) verboten worden – AN berichtete. Nun scheint eine, halbwegs bekennende, Nachfolge-Organisation bereit zu stehen. Die französische Nachrichtenagentur AFP zitiert am 19. September einen der Sprecher der neuen Gruppierung, die auf den Namen ‚Jeunesses identitaires' (Identitätsliebende Jugend) hört, Philippe Vardon. Dieser erklärt, seine Organisation sei „mit ehemaligen Aktivisten und Mitgliedern von UR" gegründet worden. Hingegen erklärt Fabrice Robert, ehemaliger Sprecher der verbotenen UR: „Wir werden stark überwacht, wir können es uns nicht leisten, eine verbotene Organisation wiederzugründen. Jeunesses identitaires wird den Kampf weiter führen, wir wünschen ihnen viel Glück."

BhS ■

Ausstellung über Kinder und Jugendliche in der Nazizeit

Der stolze Walter fiel im Krieg

BREMEN. Jahrzehnte ist es her, dass die Kinder und Jugendlichen in Deutschland im „Deutschen Jungvolk" und bei den „Jungmädels", in der „Hitler-Jugend" und im „Bund Deutscher Mädel" organisiert waren. Und doch haben viele der mittlerweile ergrauten Ex-Mitglieder so gut wie nie über ihre damaligen Erfahrungen oder über ihre sonstigen Prägungen in der Nazizeit – man denke etwa an den durch und durch ideologischen Schulunterricht oder den ab 1935 verbindlichen „Reichsarbeitsdienst" – gesprochen. Das stellte auch Dr. Ulla Nitsch fest. Die Koordinatorin der Schulgeschichtlichen Sammlung in Bremen ist eine der Organisatoren der Ausstellung „Am Roland hing ein Hakenkreuz – Bremer Kinder und Jugendliche in der Nazizeit". Diese Ausstellung wird noch bis zum 3. Oktober 2002 in der Unteren Rathaushalle gezeigt und ist Bestandteil des Herbstprogramms „Bremen für UNICEF" (das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen). Schirmherr der Sammlung ist Bürgermeister Dr. Henning Scherf (SPD), der Präsident des Senates der Freien Hansestadt Bremen.

Dr. Ulla Nitsch schildert den Ursprung der Ausstellung: Im März 2000 hatte ein Presse-Aufruf des Bremer Schulmuseums ein recht bemerkenswertes Echo ausgelöst. Mehr als 250 Bremerinnen und Bremer der Geburtsjahrgänge 1920 bis 1938 brachten Erinnerungsstücke an ihre Kindheit und Jugend unter dem Hakenkreuz vorbei oder kramten in ihren Erinnerungen. Durch diese Beiträge konnte der Fundus der Schulgeschichtlichen Sammlung in punkto Nazizeit beträchtlich erweitert werden. Er umfasst nun ein Fotoarchiv von mehr als 4.000 Fotos, eine Dokumentensammlung mit rund 2.000 Positionen und weitere 500 Objekte unter dem musealen Oberbegriff „sachkulturelle Zeugnisse".

Die Ausstellung in der Unteren Rathaushalle geht auf das Kinder- und Jugendleben zu Hause, in der Schule, in der Hitler-Jugend und im Arbeitsdienst ein, außerdem auf die Themen Kinderlandverschickung, Kriegshilfsdienst und Einsatz an der Front. Auch das Schicksal von jüdischen Kindern und Jugendlichen und von Kindern politisch verfolgter Eltern wird anhand von Einzelbeispielen beleuchtet. Ebenso wird der individuelle Umgang mit den Erinnerungen an die Nazizeit dargestellt.

Einen erhobenen pädagogischen Zeigefinger würde man in der Ausstellung vergeblich suchen. Alle Objekte, Fotos und Dokumente sind deshalb nur zurückhaltend kommentiert worden. Dr. Ulla Nitsch sagt dazu: „Wer, wie auch wir Mitarbeiter der Schulgeschichtlichen Sammlung, erst nach dem Zweiten Weltkrieg aufgewachsen ist oder erst später geboren wurde, kann in dieser Ausstellung vielleicht erahnen, was die Zeitzeugen damals als Kinder und Jugendliche erlebten." Und sie fügt hinzu: „Wenn wir Nachgeborenen bereit sind zu verstehen, wie es den nationalsozialistischen Machthabern gelungen ist, die Kinder und Jugendlichen für sich zu gewinnen, können wir daraus auch für unsere Gegenwart lernen."



Für die Inszenierung der Ausstellung zeichnete das Ensemble des Kinder- und Jugendtheaters MOKS am Bremer Theater verantwortlich. Es bemühte sich dabei um eine dynamische und atmosphärische Gestaltung, die die Wahrnehmung schärfen und den Blick auf scheinbar Belangloses lenken soll. Neben dieser theatralen Inszenierung legten die Ausstellungs-„Macher" auch auf ein vielfältiges Rahmenprogramm großen Wert. So wird im Versammlungsbereich der Ausstellung der Film „Das ist ein Teil des Lebens – Das Jungvolk im Rückblick von Zeitzeugen" gezeigt; der Streifen entstand in Zusammenarbeit mit der Landesbildstelle Bremen. Ferner sind Gesprächsrunden mit Zeitzeugen, Diavorträge, Lesungen und Vorführungen von nationalsozialistischen Spiel- und Unterrichtsfilmen geplant.

Zeitgleich zur Ausstellung wurde zudem ein Buch herausgebracht. Das Werk mit dem Titel „Am Roland (Anmerkung der Redaktion: Bremer Wahrzeichen auf dem Marktplatz) hing ein Hakenkreuz" umfasst 144 Seiten und 292 Abbildungen, darunter 78 farbige (15 Euro; ISBN 3-89757-155-2). Der Verlag H.M. Hauschild hatte einen Teil der Bebilderung ohne Mehrpreis in Farbe statt in Schwarzweiß gedruckt. Auf dem Einband des Buches kann man die Geschwister Elsbeth und Walter sehen, wie sie sich an ihrem Konfirmationstag 1934 im Bremer Dom stolz präsentieren. Walter trägt eine HJ-Uniform. Das Foto wurde von seiner Schwester zur Ausstellung beigesteuert. Walter hätte es nicht mehr bringen können: Er fiel als Soldat kurz nach Kriegsbeginn.

Thomas Klaus ■



NPD erfolgreich abgeblockt!

Freiburg. Wie schon so oft in diesem Lande sollte ein riesiges Polizeiaufgebot die für den 14.9. angemeldete Demonstration der NPD durchsetzen. Dagegen stand ein breites Bündnis, das der DGB angeregt hatte. Gut war, dass Monate Zeit waren, diesen Tag vorzubereiten – das wird nicht immer so sein. Unermüdlich wurde für diese Aktion mobilisiert, die DGB-Gewerkschaften haben ihre Aufgabe als Einheitsgewerkschaften im besten Sinne wahrgenommen – keine Partei z.B. hätte ein vergleichbares Bündnis zusammenbringen können. Der Südbadische DGB-Chef Höfflin hat mit Klugheit und Entschiedenheit an diesem Bündnis gearbeitet. Verhindert werden konnte auch, dass die CDU bei ihrem Versuch Erfolg hatte, z.B. die VVN, den Bund der Antifaschisten auszugrenzen mit der Aussage, man sei gegen alle Sorten von Extremisten.

Die Aktionen waren breit angelegt – man konnte z.B. in den Tag einsteigen mit einem Frühstück auf dem Augustinerplatz. Der politische Auftakt war eine Kundgebung auf dem „Platz der ehemaligen Synagoge". Oberbürgermeister Salomon verurteilte auch den Versuch der CDU, aus wahltaktischen Gründen die Deutlichkeit der Gegnerschaft gegen die Faschisten aufzuweichen.

SC-Freiburg-Trainer Finke wies darauf hin, dass der Sport immer wieder missbraucht wurde und wird. Er erwähnte die Olympiade 1936. Er könne nicht verstehen, dass auf dem Fußballplatz im besten Sinne des Wortes multikulturellen Mannschaften zugejubelt wird von Menschen, die dann offen sind für ausländerfeindliche Gedanken und Handlungen. Die pointierteste Rede hielt Professor Jens. Er sprach die ideologischen Grundlagen des Faschismus an, bezog aber auch aktuell Stellung zur hier und heute praktizierten Flüchtlingspolitik. Warum soll es Sprachtests für Ausländer geben, wenn junge Türken besser Deutsch sprechen als viele Stammtischler?

Der Landeschef des DGB, Bliesener, wies erfreulicherweise auch daraufhin, dass Politiker-Aussagen Stichwortgeber für rechte Politik waren und sind. Dies ist das innere Problem dieses Bündnisses: Parteien, die als Regierungsparteien in Gesetze gegossenen Rassismus exekutieren in der Flüchtlingspolitik, stehen mit gegen die NPD.

Darauf aufmerksam machte ein Flugblatt des Südbadischen Aktionsbündnisses gegen Abschiebungen. Dessen Redebeitrag fand wenig Zuhörer, weil er erst gehalten werden konnte, als nicht mehr Demonstration und Kundgebung im Vordergrund standen, sondern Blockade des Bahnhofs. So hatte auch Peter Gingold wenig Zuhörer, der den Aufstieg der NSDAP miterlebt hat und so kompetent dazu aufrufen konnte, den Anfängen zu wehren. Er berichtete auch über die faschistische Gewalt an der Macht – die Machtübertragung hatte nicht verhindert werden können.

Aber daraus lernen muss man können.

Offensichtlich war auch, dass die Vorbereitung dieser Aktion gegen die NPD an den Schulen gut war – es wird nicht immer so viel gesprochen über den Faschismus historisch und aktuell.

Die Blockade des Bahnhofs stand an drei Seiten, die vierte Seite war der Bahnhof selber, der schon morgens abgesperrt war. Für die angereisten Faschisten blieb also nur noch ein relativ kleiner Platz vor dem Bahnhof. Mehr brauchten die aber auch nicht, waren doch nur maximal 150 gekommen. Versuche, sich zu formieren, wirkten so nicht nur lächerlich, sie wurden sofort mit Gegenparolen quittiert. Tausende skandierten Parolen und schrien ihre Gegnerschaft gegen Rassismus und faschistische Gewalt heraus. Es war eindeutig, dass massenweise Gewerkschafter die Hauptkraft in dieser Auseinandersetzung bildeten. Es wäre ein besonders wichtiger Erfolg für die Zukunft, würden der Schwung dieses Tages und die Entschlossenheit in die gewerkschaftlichen Kämpfe mitgenommen.

Die kleine Zahl der Faschisten und die große Zahl der antifaschistischen Blockierer, das bestimmte die Lage, die Polizei stand dazwischen. Als die NPD um ca. 15 Uhr abzog, stand der Erfolg fest: Sie waren nicht durchgekommen, die offene Stadt Freiburg hat sie nicht hereingelassen, weil genug Menschen blockiert hatten. Zur gleichen Zeit musste aber auch immer wieder dazu aufgerufen werden, nicht wegzugehen und die Blockade zu schwächen.

Nicht informierte Touristen fragten in der Innenstadt nach der Demonstration und bekamen zur Antwort: „Es gibt 2 Demonstrationen. Eine sehen Sie hier rundum, Tausende. Die andere, die der NPD, versucht, aus dem Bahnhof herauszukommen und schafft das nicht." Damit war die Angst der Freiburg-Besucher weg, „…zwischen die Mühlen zu geraten".



Nazis auf Socken…

Ein junger Punk hatte ein Ei dabei und wollte es loswerden. Nun war aber zuviel Raum zwischen den Blockierern und den Faschisten, er hätte Polizei getroffen. Er merkte auch selber, dass die Polizei ihn gesehen hatte, *Fortsetzung S. 6*

Fortsetzung von Seite 5

sobald er auf die Schultern eines Kumpels gestiegen war. So blieb das Ei in der Tasche. Ein gutes Mittel war auch, aus dem Fenster eines Gebäudes gegenüber vom Bahnhof die Demonstranten zu informieren, der DGB stellte so regelrechte Animateure, die zumindest die Demonstranten auf der Südseite auch bei Laune hielten.

„Angesichts der großen Zahl der Gegendemonstranten war es nicht möglich, einen Weg für die NPD freizugeben" – so äußerte sich Polizeichef Mayer. Wobei der Ausdruck „freizugeben" verharmlosend ist für das, was bei einem anderen Kräfteverhältnis hätte passieren können. Verurteilen möchte ich die Platzverweise gegen 68 autonome Antifaschisten von Seiten der Polizei. NPD-Landeschef (und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes??) Härle verlautbarte: „Die Stadt kapituliert vor dem Mob!" Die ganze Wut der Faschisten, ihre Frustration über ihren offensichtlichen Misserfolg bekam dann der Zug zu spüren, mit dem sie wegfuhren. Einige gingen auf Socken, weil ihre Springerstiefel von der Polizei beschlagnahmt worden waren.

Also ein rundum erfolgreicher Tag – selten ist ein Erfolg direkt sichtbar an der Größe der eigenen Reihen und an der Durchsetzung des gesetzten Zieles.

huf ■

Der Anfang vom Ende des MNR ?

Die Wahlen des Frühjahrs 2002 haben Frankreichs zweite rechtsextreme Partei – neben dem Front National (FN) unter Jean-Marie Le Pen – schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der MNR (Mouvement national républicain/National-republikanische Bewegung) hatte sich zu Jahresanfang 1999 vom „klassischen" FN abgespalten und dabei den größeren Teil seiner Kader und Intellektuellen, sowie die Hälfte seiner Mandatsträger mitgenommen. Das zentrale Problem für den MNR blieb, dass er zwar den Aktivistenstamm des Neofaschismus anlässlich der Parteispaltung zum größeren Teil gewonnen hatte, aber nicht das Fußvolk. Vor allem nicht die Wähler. Die Stimmenanteile des MNR bei landesweiten Wahlen folgten so einer Entwicklungslinie von 3,3 Prozent (bei den Europawahlen 1999) über 2,4 Prozent (Mégrets Abschneiden zur Präsidentschaftswahl im April dieses Jahres) hin zu 1,1 Prozent (anlässlich der Parlamentswahl im Juni 2002). Kein Wunder, dass die zentrifugalen Tendenzen in der Partei und die Abgangserscheinungen wachsen.

Dabei war auch eine strategische Grundentscheidung des MNR bisher unentschieden geblieben: Sollte man sich „links" vom FN (als mit den Konservativen bündnisfähige Kraft) oder „rechts" von ihm (als für die militanten Neonazis offene Partei) positionieren? Bisher hatte Mégret einfach versucht, beide Optionen zu nutzen. Aufgrund der Krisenerscheinungen und der auseinander strebenden Kräfte, welche die Partei zu zerreißen drohen, will das aber nicht mehr richtig funktionieren. Derzeit scheinen es eher die Hardliner zu sein, die den MNR verlassen. Das liegt aber vielleicht auch nur daran, dass die „bürgerlicheren" Elemente weniger Lärm bei ihrem Abgang verursachen.

Jetzt droht dem MNR neues Ungemach und dieses Mal könnte es tatsächlich an die Substanz gehen. Denn in diesen Tagen muss die Kommunalwahl im südfranzösischen Vitrolles wiederholt werden. Damit droht der Mégret-Partei ihre letzte Hoch- und Trutzburg abhanden zu kommen. Falls dies passiert, könnte der MNR in absehbarer Zeit ein Fall für die Kadaverabdeckerei sein. Doch Vorsicht ist geboten – noch ist nicht aller Tage Abend.

Die Vorgeschichte: Catherine Mégret als „Strohfrau"…

In der Vergangenheit hatte Bruno Mégrets politisch unerfahrene Ehefrau an seiner statt kandidiert, da ihm aufgrund früherer Unregelmäßigkeiten bei Wahlen das passive Wahlrecht auf befristete Dauer entzogen worden war. Bereits die Kommunalwahlen vom Juni 1995, die damals noch von dem „Sozialisten" Jean-Jacques Anglade (einem notorisch korrupten Lokalbaron) gewonnen worden waren, hatte der Conseil d'Etat annulliert. Im gleichen Atemzug hatte das Gericht damals aber auch Bruno Mégret das passive Wahlrecht für zwei Jahre aberkannt – eine in französischen Wahlprozessen übliche Sanktion –, da Mégret seinerseits Verstöße gegen das Wahlgesetz begangen hatte. Unter anderem hatte er die gesetzlich zulässige Obergrenze für Wahlkampfkosten deutlich überschritten, um eine flächendeckende massive Propagandakampagne zu führen – Mégret beackerte die Erde von Vitrolles systematisch seit Jahren. Daraufhin hatte Bruno Mégret seine Gattin als „weiblichen Strohmann" vorgeschoben (im seinerzeitigen Wahlkampf war Er vorne auf den Plakaten, und Sie im Hintergrund zu sehen ...). Im Februar 1997 wurde Catherine Mégret dann auch tatsächlich, und sogar mit absoluter Mehrheit von 52,5 Prozent der Stimmen, in einer Stichwahl gegen Amtsinhaber Jean-Jacques Anglade gewählt. Es handelte sich damals um die erste absolute Mehrheit für die Neofaschisten bei einer Rathauswahl. Dieses Mal allerdings könnte der Film anders verlaufen: Jetzt ist es Catherine Mégret, der wegen ihrer vielen anhängenden Gerichtsverfahren (siehe Kasten S. 7) der Entzug des passiven Wahlrechts droht. Und Bruno Mégret könnte es dieses Mal gar nicht so recht sein, das Rathaus persönlich zu übernehmen. Denn dort häufen sich die Probleme. Die Staatsanwälte würden einiges gern genauer wissen. Die Steuerfahndung stöbert....

BhS ■

Vitrolles : Vor dem Schleifen der Trutzburg Mégrets ?

Am 29. September (erster Wahlgang) und 6. Oktober dieses Jahres werden die Stimmberechtigten in der bei Marseille gelegenen 40.000 Einwohner-Stadt Vitrolles erneut ihre Rathausführung wählen. Grund dafür ist eine höchstrichterliche Entscheidung. Am 29. Juli 2002 hat der Conseil d'Etat – das oberste französische Verwaltungsgericht – der rechtsextremen Partei von Bruno Mégret einen schweren Schlag versetzt. Die oberste Gerichtsinstanz im öffentlichen Recht annullierte die letzte Kommunalwahl im südfranzösischen Vitrolles vom 11. und 18. März 2001.

Damals, im Zuge der in ganz Frankreich gleichzeitig stattfindenden Rathauswahlen, hatte die MNR-Kandidatin Catherine Mégret mit 45,3 Prozent der Stimmen knapp gegen ihren sozialistischen Herausforderder Dominique Tichadou (PS) gewonnen. Beide Listen trennten nur 201 Stimmen. Als dritter Kandidat in der Stichwahl hatte der konservative RPR-Bewerber Christian Rossi mit seiner Liste 10,6 Prozent der Stimmen erhalten. Sozialisten und Bürgerliche hatten sich darauf geeinigt, dass Rossi seine Kandidatur in der Stichwahl aufrecht erhalten solle – um zu verhindern, dass konservative Stimmen der extremen Rechten zufließen könnten. Tatsächlich hatte man befürchtet, dass im Falle einer Polarisierung zwischen MNR und PS viele konservative Wähler eher für den Erstgenannten stimmen könnten.

Ein anonymes Flugblatt, das aber höchstwahrscheinlich von der extremen Rechten – und mutmaßlich direkt aus dem Rathaus, aber das konnte nicht bewiesen werden – stammt, hatte Rossi zwischen den beiden Wahlgängen als angeblichen homosexuellen Vergewaltiger (eines Obdachlosen) diffamiert. Der Conseil d'Etat hat nun eingeschätzt, dass diese Episode den Wahlausgang in nicht unerheblichem Maße beeinflusst haben könnte. Die Wähler/innen in Vitrolles müssen daher erneut an die Urne gerufen werden, binnen einer Frist von maximal zwei Monaten nach der Urteilsverkündung und daher wird Vitrolles nun wählen.

MNR-Parteichef Bruno Mégret schloss zunächst nicht aus, persönlich die Spitzenkandidatur zu übernehmen. Nahezu den gesamten August hindurch hatte die rechtsextreme Partei die Frage ihrer Spitzenkandidatur in Vitrolles noch offengelassen – es gab lediglich die Sprachregelung, die „Mannschaft der Mégrets" werde antreten. In den letzten Augusttagen hieß es dann aber, die bewährte Rathauschefin Catherine Mégret werde die MNR-Liste anführen. Bruno Mégret wird auf Listenplatz 6 kandidieren. Doch im Fall, dass seiner Frau – wegen ihrer zahlreichen Verurteilungen und der noch gegen sie anhängigen Verfahren – das passive Wahlrecht auf Zeit

entzogen werden sollte, wird Bruno Mégret für sie einspringen. Für diesen Fall ist vorgesehen, dass der Chef des kriselnden MNR Bürgermeister von Vitrolles werden soll. (Zu dem Rattenschwanz von Verfahren, den Catherine Mégret hinter sich herschleppt, siehe nebenstehenden Kasten.)

Tango corruptis: Der Rechnungshof ermittelt...

...Und die Steuerfahndung stöbert: Auch über die Gerichtsverfahren von Catherine Mégret hinaus hat der MNR in Vitrolles handfeste Schwierigkeiten. Am 19. Mai dieses Jahres wurde offiziell bekannt, dass der regionale Rechnungshof in Marseille gegen das Rathaus von Vitrolles wegen „Hinterziehung öffentlicher Geldmittel" ermittele. Das Finanzgericht – das seit Februar 02 ermittelte – hatte zu dem Zeitpunkt genügend belastendes Material in der Hand, und schaltete die Staatsanwaltschaft in Marseille ein, um strafrechtliche Konsequenzen folgen zu lassen.

Konkret hat der Rechnungshof das Mégret-Rathaus am Wickel, weil auf Kosten des kommunalen Haushalts mehrere aufeinander folgende Schreiben an alle 36.000 Bürgermeister in Frankreich verschickt worden waren. Gegenstand des Schreibens war das Ersuchen an die Amtsinhaber, den Präsidentschaftskandidaten Bruno Mégret mit ihrer Wahlpatenschaft zu unterstützen – Bürgermeister können ja ebenso wie Abgeordnete für einen Präsidentschaftskandidaten unterschreiben, damit dieser die erforderlichen 500 Unterschriften zusammen bekommt. Die Kommune von Vitrolles wurde damit um mindestens 75.000 Euro erleichtert. Und das ist noch nicht alles: Der Vorwurf schwebt im Raum, der MNR habe im Rathaus „fiktive Arbeitsplätze" unterhalten, d.h. Leute bezahlt, die in Wirklichkeit dort gar nicht tätig waren. Tatsächlich wird vermutet, dass ein Teil des Personals des nationalen Parteiapparats des MNR über das Rathaus von Vitrolles bezahlt wird.

Rassistischer Mordgehilfe im Rathaus angestellt

Und selbst das ist noch nicht alles, und noch nicht mal das Schlimmste: In ihrer Nummer 30 (vom Frühjahr 2002) berichtet die kleine Zeitschrift von Ras-Le-Front Vitrolles, ganz unten auf ihrer letzten Seite, über einen bemerkenswerten Vorgang im Rathaus von Vitrolles. (Ras Le Front, „Schnauze voll vom FN", heißt das z.Zt. bedeutendste antifaschistische Netzwerk in Frankreich.) Demnach wurde im diesjährigen Frühjahr der wegen Mittäterschaft bei Mord verurteilte Neofaschist Mario d'Ambrosio im Rathaus von Vitrolles eingestellt. D'Ambrosio war im Juni 1998 durch den Strafgerichtshof von Aix-en-Provence zu 10 Jahren Haft verurteilt worden. Damals war die Spaltung des Front National (FN) zwischen Le Pen- und Mégret-Anhängern noch nicht erfolgt.

Skandalnudel Catherine Mégret: Gerichtsurteile ohne Ende

Seit Februar 1997 amtiert Catherine Mégret als Bürgermeisterin von Vitrolles. Nun jedoch droht der alten und neuen MNR-Spitzenkandidatin der Entzug des passiven Wahlrechts auf Zeit, evtl. sogar für fünf Jahre.

1. Rassistische Flugblätter: Im November 2001 war die Bürgermeisterin von Vitrolles durch das für Strafsachen zuständige Gericht in Aix-en-Provence zu fünf Jahren Aberkennung des passiven Wahlrechts und 7.620 Euro Geldstrafe verurteilt worden. Und zwar wegen rassistischer Volksverhetzung: Im Wahlkampf 2001 hatte der MNR in Flugblättern heftig gegen die Einwanderung („umgekehrte Kolonisierung") gewettert. Nach mehreren Verschiebungen hat nun der Prozess in zweiter Instanz am 16. September 02 begonnen. Solange das Urteil noch nicht letztinstanzlich bestätigt ist (mit dem Kassationshof steht der Angeklagten eine dritte und letzte Instanz offen), hat die Berufung aufschiebende Wirkung - d.h. die Sanktion ist nicht vollstreckbar. Vermutlich droht aber Catherine Mégret somit in absehbarer Zeit dennoch der definitive Wahlrechts-, und damit auch Mandats-Entzug.

2. „Geburtenprämie" von Vitrolles: Im Juni 2001 hatte das Berufungsgericht von Aix-en-Provence, Catherine Mégret wegen „rassistischer Diskriminierung" zu zwei Jahren Entzug des passiven Wahlrechts verurteilt. In diesem Fall ging es um die „Geburtenprämie" von 5.000 Francs (rund 800 Euro), die das Rathaus von Vitrolles Anfang 1998 eingeführt hatte und die nur für Kinder „französischer und europäischer" Eltern ausgezahlt werden sollte. (Vgl. AN 4/1998, S. 11) Der Beschluss war damals nach kurzer Zeit vom Präfekten, dem Vertreter des Zentralstaats im Département – der eine Rechtsaufsicht über die Verwaltung der Kommunen inne hat – wegen ihres illegalen Charakters annulliert worden. Aufgrund ihres rassistischen Charakters hatte die Maßnahme daneben zur strafrechtlichen Verurteilung der Bürgermeisterin von Vitrolles in zwei Instanzen geführt. Die Affäre ist derzeit in letzter Instanz vor der Cour de Cassation – dem Kassationshof, also obersten Gericht in Zivil- und Strafsachen – anhängig. Der Zeitpunkt des definitiven Urteils steht im Moment noch nicht fest.

3. Interview mit der ‚Berliner Zeitung': Und schließlich wurde am 12.6.02 ein Prozess gegen Catherine Mégret (in zweiter Instanz) vor dem Berufungsgericht von Paris eröffnet. Dieses Mal geht es um die rassistischen Äußerungen der Bürgermeisterin vom Februar 1997, für die sie am 9. März 1998 in erster Instanz zu drei Monaten Haft auf Bewährung zuzüglich 50.000 Francs (rund 7.500 Euro) Geldstrafe verurteilt worden war. Catherine Mégret hatte kurz nach ihrer Wahl den Journalisten der ‚Berliner Zeitung' ein Interview gegeben, in dem sie freimütig gegen die Immigranten vom Leder zog. Unter anderem hieß es darin wörtlich über Immigranten: „Deren Prinzip ist, viele Kinder zu machen, um viele staatliche Hilfen zu bekommen, und sich danach nicht mehr um die Kinder zu kümmern. Schon die Kinder dieser Einwanderer werden zu Kriminellen. (....) Und was heißt das schon, wenn einige von denen noch nicht bei einer Straftat ertappt wurden? Das heißt nur, daß man sie bisher nicht erwischt hat. Diese Immigranten haben Recht, wenn sie Angst haben. Dafür sind wir gewählt worden." (Alle Zitate aus: ‚Berliner Zeitung' vom 24.2.1997) Das zweitinstanzliche Urteil in dieser Sache fiel am 11. September 2002. Dieses Mal wurde Catherine Mégret jedoch auf Grund eines Formfehlers freigesprochen. Die ursprüngliche Anklage hatte sich auf die in ‚Le Monde' wiedergegebenen Äußerungen der rechtsextremen Bürgermeisterin bezogen. Das war formal nicht korrekt, Zitate „aus zweiter Hand" durften nicht als Grundlage einer Verurteilung herangezogen waren.

Fazit: Die Summe der Gerichtsurteile und der gegen sie anhängigen Verfahren dürfte nicht unbedingt ein wirksames Werbeargument für Catherine Mégret darstellen. Aber noch steht ihre Wirkung auf die Wählerschaft in Vitrolles nicht endgültig fest.

BhS ■

Der rechtsextreme Aktivist gehörte zu jenen drei FN-Plakatklebern, die am 21. Februar 1995 in Marseille nächtens einen 17jährigen komorischer Abstammung, den jugendlichen Rap-Sänger Ibrahim Ali, erschossen hatten. Der Haupttäter Robert Lagier hatte Ibrahim Ali damals mit drei Kugeln in den Rücken getötet. Er erhielt 15 Jahre Haft, ist jedoch mittlerweile im Gefängnis an Blutkrebs gestorben.

Mario d'Ambrosio, selbst Kind italienischer Einwanderer, hatte in jener Nacht geschossen, aber ohne jemanden zu treffen. Er erhielt 10 Jahre Haft, und der Dritte im Bunde – Pierre Giglio – erhielt wegen Beihilfe zwei Jahre, er war zum Tatzeitpunkt unbewaffnet gewesen. Der FN hatte damals eine Gefangenenhilfsorganisation namens DGL (für D'Ambrosio, Giglio, Lagier) gegründet. Der damalige FN-Generalbeauftragte und Chefideologe Bruno Mégret hatte während des Mordprozesses als „Moralitätszeuge" zugunsten der drei Angeklagten ausgesagt. Unter anderem erklärte er, die drei auf der Anklagebank gehörten zur „Elite unserer Landsleute", und sie hätten sich in einer „Notwehrlage" befunden, als sie die tödlichen Schüsse abgaben, „jedenfalls im Geiste". (Ausführlich in AN 13 und 15/1998) D'Ambrosio ist jetzt im Frühjahr, wegen guter Führung und aufgrund des Vorliegens eines Einstellungsversprechens bei einem Arbeitgeber (daraus folgt eine „positive Resozialisierungsprognose") nach vier Jahren aus der Haft entlassen worden. Der Arbeitgeber ist das Rathaus von Vitrolles. Dort wurde er als Reinigungsagent eingestellt (RLF Vitrolles unkt: „für die ethnische Säuberung?"). Zum gleichen Zeitpunkt schaffte d'Ambrosio es auch noch, seinen Sohn als Auszubildenden dort einstellen zu lassen.

Die Boulevardzeitung ‚France Soir' bestätigt in ihrer Ausgabe vom 23. August 2002, D'Ambrosio sei im Juli im Rathaus von Vitrolles eingestellt worden. Damit aber nicht genug – dem gleichen Artikel zufolge stehen insgesamt 52 Namen von MNR-Aktivisten auf der Liste von Personen, die Anfang Juli 02 neu im Rathaus von Vitrolles eingestellt wurden. Die meisten davon wurden zunächst einmal mit Praktikantenstatus übernommen, da derzeit noch keine Stellen dafür offiziell im Jahreshaushalt 2002 ausgeschrieben sind, aber mit Option auf Einstellung in einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Gescheiterte MNR-Parlamentskandidaten aus ganz Frankreich stehen demnach auf dieser Liste, so Isabelle Marti aus dem Département Manche (= Ärmelkanal) oder Bruno Cahour, der unter dem Deckmantel einer vom MNR gesteuerten, falschen populistischen „Jäger"-Liste im Umland von Bordeaux kandidierte.

Am 20. August hat nun, angesichts der Annullierung der vorigen Wahlen und der Ausschreibung von Neuwahlen, eine vom Präfekten eingesetzte Verwaltungsdelega-

tion die Amtsgeschäfte im Rathaus kommissarisch übernommen. Doch diese kann die eingestellten braunen Aktivisten nicht einfach feuern, dazu fehlt ihr die rechtliche Handhabe. Im Falle einer – nach diesen Vorkommnissen eher unwahrscheinlichen – Wiederwahl einer MNR-Rathausführung dürfte der Rechnungshof dieser aber künftig gehörig auf die Finger schauen.

Preisfrage: Wer stellt wem ein Bein?

Wie die Pariser Tageszeitung ‚Libération' (5. 9.02) schreibt, hat die etablierte „Linke" anscheinend keine besondere Lust, die Mégret-Bande aus dem Rathaus von Vitrolles zu vertreiben. So treten die Sozialdemokraten mit zwei Kandidaten gegeneinander an, auf die Gefahr hin, sich selbst gründlich ein Bein zu stellen. Dominique Tichadou (49), Kandidat zur Kommunawahl im März 2001, war der erfolgreiche Kläger vor dem Conseil d'Etat gewesen: Er hatte mit Erfolg auf Annullierung der Wahl 2001 geklagt, obwohl die Diffamierungskampagne damals gar nicht ihn selbst, sondern den konservativen Kandidaten Rossi getroffen hatte. Damit hätte er – der im vorigen Jahr nur mit rund 200 Stimmen Abstand durch Mégret besiegt worden war – eigentlich alle Legitimität der Welt gehabt, um erneut gegen die MNR-Bürgermeisterin anzutreten. Doch die Pariser Parteivorstände der Sozialdemokratie wollten es anders, und stellten am 3. September Guy Obino (65) als offiziellen PS-Kandidaten auf. Dabei spielte weniger die Frage der besten Strategie, um Mégret eine Niederlage beizufügen, eine Rolle, sondern vielmehr die innerparteilichen Kräftegleichgewichte in Vorbereitung des PS-Kongresses im Mai 2003. Der Kreisverband des PS im Département von Marseille stellt 6.000 Voten für den Kongress (auch wenn er real wahrscheinlich nicht so viele Mitglieder hat ...).

Tichadou erklärte unterdessen, er fühle sich durch ein Votum der fernen Partei-Technokraten nicht gebunden und werde trotzdem als freier Kandidat antreten. Denn falls er nicht kandidiere, dann sei die Linke nicht vertreten, „weil Obino ein Mann der Rechten ist". Tatsächlich ist Obino eigentlich ein Christdemokrat, der früher Sympathisant des Mitte-Rechts-Parteienbündnisses UDF war. Allerdings behauptet er, sich wegen der rechtsextremen Erfolge in Vitrolles dem PS angenähert zu haben. Obino macht derzeit Wahlkampf für „die Wiederherstellung der Staatsautorität mit der Inneren Sicherheit als Priorität" und die Beseitigung „rechtsfreier Zonen". Damit wird deutlich, warum einige PS-Funktionäre ihn vielleicht doch ganz gern als Kandidaten sehen wollen: Um nach rechts hin attraktiv zu werden, den Law & Order-Themen einmal mehr hinterherhechelnd.

Aber auch die Bürgerlichen stellen sich erfolgreich selbst einen Fuß: Als „offizieller" Konservativer bewirbt sich der Neogaullist Christian Borelli, der ebenso umstritten wie vermutlich chancenlos ist, da in Vitrolles die extreme Rechte längst das konservative Wählerpotenzial größerenteils aufgesogen hat – jedenfalls wenn es so bleibt. Aus den Reihen der Konservativ-Liberalen tauchte dann aber noch ein Gegenkandidat zu Borelli auf, der Wirtschaftsliberale Henri-Michel Porte. Er wird mittlerweile landesweit durch den Christdemokraten François Bayrou unterstützt – den Chef des Mitte-Rechts-Parteienbündnisses UDF, das sich soeben gespalten hat. Und zwar jenes Teils der UDF, der nicht direkt an der Regierung beteiligt ist, weil er nicht in der neuen bürgerlichen Einheitspartei UMP (der Präsidentenpartei) aufgehen will. Der mittlerweile parteilose Bürgerliche Henri-Michel Porte wirft dem „offiziellen" konservativen Kandidaten Borelli vor, dass er einen Wahlkampf à la „Mégret light" betreibe. Tatsächlich bemüht auch Borelli sich darum, thematisch so weit nach rechts wie möglich auszugreifen. Womit rechts einiges Gedränge herrscht....

Feine Aussichten also.

Der einzige Faktor, der den Mégrets auf der parteipolitischen Ebene gefährlich werden könnte, ist dabei die Spaltung der extremen Rechten selbst. Denn auch der FN stellt eine eigene Liste auf – und sei es nur, um dem Chef des MNR einen definitiven Schlag zu versetzen, indem er in die Niederlage gerissen wird.... Die FN-Liste wird von Claude Bourge geführt, einem ehemaligen Beisitzer der Bürgermeisterin von Vitrolles, der sich mittlerweile mit ihr verkracht hat. Claude Bourge war bei den Parlamentswahlen im Juni 2002 in Vitrolles gegen Bruno Mégret angetreten, und hatte dabei 7 Prozent erhalten. Das hatte immerhin ausgereicht, um den MNR-Chef vor dem zweiten Wahlgang aus dem Rennen zu werfen. Denn mit 18,58 Prozent der abgegebenen Stimmen (aber weniger als den vorgeschriebenen 12,5 Prozent der Wahlberechtigten) verfehlte jener das Quorom, das ihm erlaubt hätte, in der Stichwahl präsent zu sein.

Am allerbesten den Rechtsextremen ein Bein stellen, können immer noch die Rechtsextremen selbst.

Bernhard Schmid, Paris ■

„Den Opfern der Justiz im Nationalsozialismus zum Gedenken"

Mahnmal vor dem Schloss enthüllt

Seit dem 12. September 2002 gibt es in Mannheim ein Denkmal zum Gedenken an die Opfer der NS-Sondergerichte. Auf diesem Denkmal werden nicht nur die 73 Opfer mit (Vor-)Namen und Alter benannt, die durch die Justiz – meist mit dem Fallbeil – zu Tode gebracht wurden, es wird auch erwähnt, dass die Täter, die auch an Todesurteilen beteiligten Richter der NS-Sonderjustiz, in der BRD bruchlos ihre Karrieren fortsetzen bzw. ihre Pensionen verzehren konnten. Dies ist ein wohl bisher einzigartiger Gedenk-Text mit einer solch deutlichen Aussage. Und dieses Denkmal wurde nicht von irgendjemand stellvertretend aufgestellt, sondern durch die Justizbehörden des Landes Baden-Württembergs selbst. Dass es hierzu kam und der Justizapparat in Bewegung gesetzt werden konnte, ist dem Arbeitskreis Justiz und seiner jahrelangen politischen Arbeit zu verdanken.



Den Opfern der Justiz im Nationalsozialismus zum Gedenken.
Im Westflügel des Schlosses, in dem sich heute die Juristische Fakultät der Universität befindet, und in den Sälen des Amtsgerichts und Landgerichtes haben von 1933-1945 das Sondergericht, der Volkgerichtshof sowie Straf- und Zivilgerichte Unrechts- und Terrorurteile gefällt. Viele Richter und Staatsanwälte verbreiteten in zahllosen Prozessen Angst und Schrecken und dienten damit der Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Diktatur. Keiner wurde dafür jemals bestraft. Die meisten amtierten in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik wieder an Gerichten und anderen Justizbehörden.
73 Menschen wurden allein aufgrund der Urteile des NS-Sondergerichts Mannheim hingerichtet.

Das Denkmal steht in unmittelbarer Nähe der Juristischen Fakultät der Universität, des Amts- und des Landgerichtes Mannheim. Es wurde beauftragt und finanziert vom Justizministerium des Landes Baden-Württemberg und vorangetrieben vom Präsidenten des Oberlandesgerichtes in Karlsruhe Münchbach. Zur Enthüllung war auch der Justizminister Goll (FDP) selbst anwesend. Goll äußerte kritisch, dass gerade die Aufarbeitung der NS-Verbrechen durch die Justiz bis in die 90er Jahre hinein nicht stattgefunden habe. „Wir bekennen uns zu unserer Mitschuld", so Goll bei der Denk-

malsenthüllung. Im Jahre 1999 gab Dr. Werner Münchbach als neuer Präsident des Oberlandesgerichts Karlsruhe dem Drängen des Arbeitskreises Justiz nach und machte die Errichtung eines Mahnmals „zum Anliegen der Justiz selbst", nachdem jahrelang die örtlichen Justizbehörden mit passiven Blockadestrategien reagiert hatten. Er erklärte aus seiner Innensicht der Justiz die Situation so: „Erst die Wiedervereinigung mit der ehemaligen DDR hat uns die Augen geöffnet und neue Sensibilität geweckt gegenüber einer Perversion des Rechts". Eigentlich kam es aber zu diesem Denkmal nur, da ein kleiner Arbeitskreis von politisch engagierten Leuten in Mannheim, unter denen sich bezeichnenderweise keine JuristInnen oder HistorikerInnen befinden, in einer acht Jahre währenden Arbeit, Dokumente und Archive gesichtet, die Justizbehörden zum Handeln gebracht hat sowie den Text des Denkmals maßgeblich durchsetzen konnte.

Der Arbeitskreis Justiz bildetete sich vor ziemlich genau acht Jahren. Damals standen tagtäglich Demonstranten als Mahnwache vor dem Landgericht in Mannheim. Das skandalöse Urteil im Fall des notorischen Auschwitzleugners Deckert hatte weltweite Empörung hervorgerufen. Neun Monate harter Auseinandersetzungen und eines einzigartigen Schöffenstreikes hat es bedurft, bis die fortgesetzten Sympathieerklärungen des Richters Orlet für den damaligen NPD-Vorsitzenden verstummten. Orlet ist mit seiner beschleunigten Pensionierung einer Richteranklage zuvorgekommen. Die vielfältigen Protestaktionen und eine große Auschwitz-Gedenkveranstaltung haben jedoch die örtliche NS-Justiz und ihr Verdrängen und Leugnen in die Diskussion gebracht.

Bekannt waren in Mannheim eigentlich nur die Urteile des Volksgerichthofs gegen die Männer und Frauen des politischen Arbeiterwiderstandes, insbesondere die sog. Lechleiter-Gruppe. Vom NS-Sondergericht – soweit es überhaupt erwähnt wurde – hieß es, dass dort die „allgemeine Schwerkriminalität" abgeurteilt worden sei.

Seit Herbst 1995 forschten einige Mitglieder des Arbeitskreises in ihrer Freizeit am Karlsruher Generallandesarchiv. Dort liegen alle Akten der über 3000 Prozesse des Sondergerichts Mannheim. Der Arbeitskreis konzentrierte sich auf die Erforschung der Todesurteile, weil er wissen wollten, wer die angeblichen „Schwerverbrecher" tatsächlich waren. Alle Todesurteile waren vor sieben Jahren, zu Beginn der Recherchearbeit noch rechtskräftig. Die meisten der zum Tode verurteilten waren Leute aus einfachen Verhältnissen. Junge Männer, Mütter kleiner Kinder, ein älteres Ehepaar, Familienväter. Viele waren selbst ausgebombt, obdachlos, Gelegenheitsarbeiter. Manche waren bereits als „schwachsinnig" oder als „Zigeuner" abgestempelt und erfasst. Auch Ausländer, sog. „Fremdarbeiter" waren unter ihnen.

Und ihre Taten? Der eine hat ein paar Wurstdosen oder Kleidung aus einem zerstörten Keller mitgenommen, die andere ein Radio aus Ruinen, ein vermeintlich herrenloses Möbelstück im Hof. Oder sie hat mit gefälschten Brotmarken eingekauft. Über die Hälfte der Betroffenen haben solche – heute würde man sagen: Bagatelldelikte begangen – zum eigenen unmittelbaren Verbrauch. Das hatte damals ihre Aburteilung und Hinrichtung zur Folge: als „Volkschädling" und „Plünderer" oder – wenn schon vorbestraft – als „Gewohnheitsverbrecher". Die anderen Verurteilten haben größeren Betrug, Unterschlagungen oder Gewalttaten begangen, die auch heute noch bestraft würden. Doch auch sie sind Opfer der NS-Justiz. Auch sie waren dem politischen Ziel der Nazis unterworfen, die „Volksge-meinschaft zu reinigen“ – wie es damals hieß - und die Herrschaft an der "inneren Front" aufrecht zu erhalten.

Als „Panzertruppe der Rechtspflege" hat Freisler die Sondergerichte selbst bezeichnet. Mit einer Flut von Gesetzen und Verordnungen gelang es dem NS-Staat, sich innerhalb von wenigen Monaten ein reibungslos funktionierendes Justizsystem zu schaffen. Auch rückwirkende Anwendung von Gesetzen war üblich, Bestrafung ohne Gesetz nach „gesundem Volksempfinden". Die Angeklagten hatten kaum eine Chance zur Verteidigung, das Urteil des Sondergerichts war sofort rechtskräftig. Richter und Staatsanwälte dienten dem System mit Eifer, persönlichem Engangement und juristischer Kompetenz. Selbst unter Kriegsbedingungen gab es keine Nachlässigkeit, seitenlange Berichte und x-fache Abschriften belegen das.

Die Akten offenbarten deutsche Gründlichkeit und Vernichtungswillen: gehässige Schmier-Zettel der Denunzianten, menschenverachtende Diktion der Anklageschriften, vernichtende medizinische Gutachten und Urteile, sowie akribisch verfasste Hinrichtungsprotokolle. Sogar die Fahr-Kostenabrechnung des Scharfrichters und die Rechnung der Mannheimer Stadtreklame für das Aufhängen der roten Hinrichtungs-Plakate wurden in den Akten abgelegt.

Das Durcharbeiten der Dokumente war bedrückend: In den Akten befanden sich auch Abschieds-Briefe aus den Todezellen. Es sind Originale, die abgeheftet wurden, statt sie an Angehörige weiterzugeben. In den Akten sind auch Gnadengesuche von Verwanden und Freunden zu lesen, die kein Gehör fanden. Auch nach dem Ende der Naziherrschaft wurden die Akten des Sondergerichts weitergeführt. Selbst nach dem Krieg noch mussten Mitangeklagte ihre Haft- und Geldstrafen absitzen und abbezahlen. Hinterbliebene mußten nach 1945 noch Strafen und sogar die Kosten für die Hinrichtung zahlen. In einem Fall bis in die 60er Jahre.

Keiner der beteiligten Juristen ist je strafrechtlich belangt worden. Nur vor den Spruchkammern mussten sie sich rechtfertigen. Diese Entnazifizierungs-Akten sind inzwischen zugänglich. Es ist unglaublich, mit welchen juristischen Winkelzügen und billigen Tricks sich die Juristen gegenseitig rein wuschen, sich zu „Mitläufern" erklärten. In notdürftig umformulierter NS-Diktion bekräftigten sie ihre Terrorurteile. Oder sie verschweigen ihre Mitarbeit am Sondergericht schlichtweg.

Die meisten NS-Juristen haben ihre Karriere nach 1945 fortgesetzt oder bezogen ihre Pension. Viele hatten bis weit in die 70er Jahre hinein maßgeblichen Einfluss auf die Justiz und Verwaltung von Mannheim und Umgebung. Albert Woll als Generalstaatsanwalt, Friedrich Mattern als Richter am Bundes-Gerichtshof oder Werner Munzinger als Regierungspräsident. Andere – inzwischen darf man sie so nennen – „furchtbare Juristen“ konnten an den Hochschulen ihre Nachfolgegeneration ausbilden.

Dass sie ihre Opfer jahrzehntelang weiter als "Täter" definiert haben, als gemeine Kriminelle, deren Bestrafung im Krieg „hart aber gerecht“ gewesen sei, ist Ausdruck davon, wie nachhaltig die NS-Juristen ihren Terrorurteilen den Anstrich des Legalen und des „Richtigen" gegeben haben. Es geschah vor aller Augen – nach „gesundem Volksempfinden". Während sich die meisten Nachkriegsbürger als Verführte und Opfer der Nazis darstellten, lebten die von den Blutrichtern Verurteilten und deren Angehörige noch Jahrzehnte lang in Scham und Demütigung. Sie wurden nie als Opfer anerkannt. Erst im Mai 1998 hat der deutsche Bundestag sich endlich dazu durchgerungen, auch die strafrechtlichen Entscheidungen der Sondergerichte als politische Urteile anzuerkennen. Sie dienten der „Durchsetzung oder Aufrechterhaltung des Nationalsozialistischen Unrechtsregimes und verstoßen die gegen die elementaren Gedanken der Gerechtigkeit". Die meisten Urteile wurden damit pauschal aufgehoben. Diese Entscheidung möchte u.E. einen Schlussstrich ziehen und zu den Tätern wird weiterhin kein Wort verloren.

Nach Wissen des Arbeitskreises gibt es in der Bundesrepublik bisher keine Gedenktafel, die im Text die Rolle der NS-Täter in der Justiz und die Nachkriegsgeschichte in dieser Deutlichkeit benennt. Worte, die vor 20 Jahren noch als Verunglimpfung der BRD durch „kommunistisch verblendete Ideologen" bestraft wurden, so wie es einem Mitglied im Arbeitskreis Justiz als Redakteur einer linken, alternativen Stadtzeitung 1983 erging.
Nun steht das Denkmal offiziell eingeweiht durch die Justizbehörden selbst als „Stachel im Fleisch der Justiz", wie es der Festredner Prof. Steinbach nannte. Es hat acht Jahre gedauert, und der Arbeitskreis hat das Gefühl, seine Hartnäckigkeit hat sich gelohnt. Im Verhältnis zu den fast 60 Jahren Vergessen, Verdrängen und Leugnen ist das dann doch schnell gegangen.

Barbara u. Heiner Ritter, MitarbeiterInnen im „Arbeitskreis Justiz in Mannheim ■

Asyl in Europa: Aufnahme statt Abschottung!

Die Innen- und Justizminister der 15 EU-Staaten beraten zur Zeit in Kopenhagen über Asyl- und Ausländerfragen. Neben den verschiedenen Vorschlägen der Kommission für Regelungen im Asyl- und Einwanderungsbereich befasst sich der Ministerrat auch mit dem Thema Integration von Einwanderern. Außerdem geht es um Rückkehrhilfen für afghanische Flüchtlinge. Doch die Vorzeichen sind ungünstig: Besonders die deutsche Bundesregierung blockiert alle Initiativen, die zu mehr Menschenrechten für Flüchtlinge und MigrantInnen führen könnten. Stattdessen wird der Kurs einer massiven Abschottung gegenüber „unerwünschter“ Einwanderung und der Ausgrenzung von Menschen weiter fortgesetzt. Besorgniserregend sind auch die geplanten Verhandlungen zwischen den EU-Ministern und dem US-Justizminister Ashcroft. Dabei soll es um die Zusammenarbeit gegen den „Terrorismus“ gehen. Es kann aber nicht sein, dass sich die US-Regierung ständig völkerrechtswidrig verhält (Beispiele: Irak-Krise, Völkerstrafgerichtshof) und dabei von Europa noch unterstützt wird. Auslieferungen darf es beispielsweise nur geben, wenn die Betroffenen auch menschenrechtskonform behandelt werden. Niemand darf von Europa nach Guantanamo geschickt werden. Sonst bräche die EU ihre eigenen Grundprinzipien.

Ulla Jelpke ■

Ermittlungen gegen OB Erwin eingeleitet

DÜSSELDORF. Die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft prüft, ob Oberbürgermeister Erwin seine Stellung als Amtsträger missbraucht und Demonstrationen der Roma verhindert hat.

Hintergrund des Verfahrens ist das Verhalten Erwins gegenüber den demonstrierenden Roma in Düsseldorf. Bereits im August hatte die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft eine Prüfung angekündigt. So soll Erwin rechtswidrig städtische Arbeiter zur Grünpflege am Rathaus beordert haben, um eine Demonstration der Roma auf dem Marktplatz zu verhindern und den Staufenplatz, auf dem die Roma ihr Lager aufstellen wollten, ohne Not zur Baustelle erklärt haben.

So sei auf dem Staufenplatz anstelle von „dringenden Kanalarbeiten“ vorwiegend lediglich Baumaterial abgeladen worden. Auf dem Rathausplatz hätten die meisten städtischen Mitarbeiter anstelle der Vorgabe, dort Blumen zu pflegen, „tatenlos herumgestanden“, oder seien mit ihren Wagen ziellos auf dem Platz hin- und hergefahren, sagte Mocken. In dem Zusammenhang werde auch der Vorwurf der Untreue wegen des sachfremden Einsatzes von Personal und Material auf Kosten der Stadtkasse geprüft.

Wegen der Vorgänge waren mehrere Strafanzeigen eingegangen. Außer dem CDU-Politiker Erwin kämen auch weitere Mitarbeiter der Stadt als Verantwortliche in Betracht, sagte Mocken. Die Staatsanwaltschaft führte als Beweismittel auch eine Pressemitteilung der Stadt vom 13. August an. Aus ihr gehe hervor, dass die Stadt nicht das Ziel gehabt habe, Blumen zu pflegen, sondern die Versammlung zu vereiteln. Erwin hatte die Vorwürfe zurückgewiesen

Die Thematik um die Roma und ihre Forderung nach einem Bleiberecht beschäftigt Stadt, Polizei und Land schon seit einiger Zeit. Vor einigen Wochen war der Streit zwischen Erwin und Bezirksregierung eskaliert, Regierungspräsident Jürgen Büssow (SPD) hatte Erwin Taschenspielertricks und Intoleranz gegenüber ethnischen Minderheiten vorgeworfen. Diese Vorwürfe nahm er allerdings bei einem „Behörden-Gipfel“ zurück. Ein Sprecher der Bezirksregierung stellte jedoch klar, dass nach wie vor geprüft werde, ob der Oberbürgermeister die Versammlungsfreiheit der Roma behindert habe.

DuesseldorfToday, 2.9.2002
Die ganze Auseinandersetzung ist dokumentiert bei www.zakk.de/kok/ ■

Kirche bietet Zuflucht für Illegale

MÜNCHEN. In der Kirche St. Johannes am Preysingplatz 1, 81667 München finden seit dem 6. September 2002, Flüchtlinge symbolisch Aufnahme und Schutz vor der bayerischen Abschiebepraxis.

Anknüpfend an die Kirchenbesetzungen in Frankreich soll mit dieser Aktion die Solidarität von Kirchengemeinden und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen mit Flüchtlingen demonstriert werden. In St. Johannes findet keine „Besetzung“ der Kirche statt. Pfarrer Monninger heißt die Menschen ohne sicheren Aufenthalt in der Kirche willkommen und unterstützt ihre Forderung nach grundlegenden sozialen Rechten und einer Rückkehr zu einer menschenwürdigen Flüchtlings- und Migrationspolitik. „Wir appellieren an die fortschrittlichen Kräfte der Kirche, sich für die Belange der Flüchtlinge einzusetzen, wie dies bereits im Kirchenasyl geschehen ist. Wir fordern alle auf, uns Respekt zu zeigen und uns im Kampf für unsere Grundrechte zu unterstützen“, sagt Akapo Doussou, der Sprecher der Karawane München. Hintergrund: In der Pariser Basilika Saint Denis fanden erst vor drei Wochen rund 130 Sans Papiers, MigrantInnen ohne gültigen Aufenthaltsstatus, Schutz vor staatlichem Zugriff. Der dortige Curé, Bernard Berger, betonte, dass es sich nicht um eine Besetzung handele, sondern dass die Sans Papiers in der Kirche willkommen seien. Eine erste Kirchenbesetzung durch dreihundert Sans Papiers in der Pariser Kirche Saint Bernard war vor sechs Jahren gewaltsam beendet worden. In München war die symbolische Besetzung der Kirche Auftakt eines Aktionswochenendes zur Sans Papiers Bewegung anlässlich des Aufenthalts der Karawane in München.

Bayerischer Flüchtlingsrat ■

Abschiebung gestoppt

GÖTTINGEN. Das Verwaltungsgericht Göttingen hat die für den 5. September d.J. geplante Abschiebung der zwölfköpfigen Familie Salame aus Northeim bei Göttingen gestoppt. In der Presseerklärung des Gerichts vom 3. September heißt es: „Nach aktuellen fachärztlichen Attesten leidet die Ehefrau an einer schweren Depression, die sich im Fall der Abschiebung in die Türkei verschlimmern wird. Soweit der Landkreis Northeim davon ausgegangen ist, dass die psychische Erkrankung der Frau in der Türkei behandelt werden könne und deshalb eine konkete Gefährdung nicht bestehe, beurteilt das Gericht dies anders“. Notwendige psychotherapeutische Maßnahmen seien dort nicht gewährleistet oder sogar ausgeschlossen. Die Abschiebung dürfe wegen der akuten Selbstmordgefahr bei der Ehefrau aus gesetzlichen Gründen nicht durchgeführt werden. Wegen des grundrechtlichen Schutzes von Ehe und Familie gemäß Artikel 6 des Grundgesetzes besteht damit auch für den Ehemann ein Abschiebungshindernis. Bereits vor dem ersten Abschiebetermin am 22. August hatten mehr als 200 Personen eine Solidaritätserklärung in der Regionalzeitung unterzeichnet, darunter der Regionsvorsitzende des DGB sowie Abgeordnete und Kandidaten von Grünen und PDS. Auch der Göttinger Fraktionsvorsitzende der FDP hatte sich für ein Bleiberecht ausgesprochen. Zusätzlich hatte sich die Ärztekammer Niedersachsen wegen der Reiseunfähigkeit der Eltern geweigert, die Abschiebung der Familie ärztlich zu begleiten.

Dem Urteil des Verwaltungsgerichtes vorausgegangen war ein langwieriger Streit über die Nationalität der Familie Salame, der auch jetzt noch nicht beendet ist. Nach eigenen Angaben war die Famile Anfang der achtziger Jahre vor dem libanesischen Bürgerkrieg über Syrien und die Türkei geflohen. Dort konnten sich die Familienmitglieder Pässe beschaffen,

mit denen sie die Flucht fortsetzten und 1988 in Deutschland landeten. Die Familie gehört zu einer Gruppe von mehr als 100 Flüchtlingen im Landkreis Northeim, deren Vorfahren nach Angaben des AK Asyl seit den 20er Jahren aus dem türkischen Teil Kurdistans geflohen waren, um der Verfolgung als arabische Minderheit zu entgehen. Nach der Flucht seien die Personen z.T. über Dritte und ohne das Wissen der Betroffenen als türkische Staatsangehörigkeit weitergeführt worden. Im Februar d.J. war der erste Prozess gegen eine Familie aus dem Landkreis eröffnet worden, weil die Beschuldigten gegen das Ausländergesetz verstoßen haben sollen. Ihnen wird vorgeworfen, Anträge auf Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung mit ihrem – angeblich falschen – arabischen Namen unterzeichnet zu haben. *kb* ■

Keine Kürzung des Muttersprachlichen Unterricht!

DÜSSELDORF. NRW will im neuen Landeshaushalt 450 Stellen für den Muttersprachlichen Unterricht streichen. Das heißt: 1/3 aller muttersprachlichen Stellen werden abgebaut, der Muttersprachliche Unterricht in NRW wird massiv bedroht. Dieses Vorhaben der Landesregierung widerspricht allen Erkenntnissen aus der PISA-Studie. Darin ist noch einmal deutlich gemacht worden. Die Erfolge der „PISA-Spitzenreiter" beruhen u. a. auf der systematischen Erziehung zur Mehrsprachigkeit: Zweisprachige Kinder lernen Sprachen besonders schnell und problemlos, wenn der sprachliche Unterricht koordiniert ist und aufeinander aufbaut, wenn die Kinder auf ihre Muttersprache zurückgreifen können.

Das Vorhaben der Landesregierung darf nicht verwirklicht werden, denn wir können heute schon sagen: Der Abbau des Muttersprachlichen Unterrichts bedeutet eine deutliche Verschlechterung der Bildungschancen der Migranten.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, die Ergebnisse der PISA-Studie wirklich ernst zu nehmen:

● Keine Kürzung der Stellen für den Muttersprachlichen Unterricht!

● Nutzung der Stellen für den Muttersprachlichen Unterricht für eine systematische Einführung von Programmen zur zweisprachigen, koordinierten Alphabetisierung und zur Koordinierung des Sprach- und Sachunterrichts in der Sekundarstufe!


LAGA NRW ■



Die Rückkehr der Sans-papiers als gesellschaftliche Bewegung

Am Anfang fehlte es vor allem an Information. Am Rande einer Demonstration auf dem Pariser Platz der Menschenrechte am 1. September lieferten sich einige afrikanische und chinesische Immigranten handgreiflichen Streit. Der Grund waren die Flugblätter, die eine ex-maoistische „Organisation politique", sie versucht seit einiger Zeit vor allem unter Immigranten zu agitieren, Minuten zuvor verteilt hatte. Handelte es sich um die ersehnten Papiere, in die man sich einschreiben musste, um Aufenthaltstitel von Behörden zu bekommen? Hatten die Dokumente amtlichen Wert? Viele schienen es zu glauben, und falteten die – nach dem Gerangel teilweise zerrupften – Blätter sorgfältig in ihre Tasche. Einige sind des Lesens unkundig.

Das war vor wenigen Wochen. Inzwischen hat sich die Bewegung sichtbar politisiert, und die meisten Hauptbetroffenen haben verstanden, was es bedeutet, sich in einem Kollektiv „papierloser" oder, nach herrschender Diktion, „illegaler" Einwanderer zu engagieren. In allen Versammlungen und Demozügen werden kollektive Forderungen artikuliert, und die Illusionen über eine rasche individuelle Regelung sind verflogen.



Sichtbar ist der Sinneswandel vor allem in der chinesischen Immigrationsbevölkerung. Sie galt bis vor einigen Jahren als die stillste und unauffälligste Immigrantengruppe, die meist unter sich blieb und sich von politischer Betätigung eher fernhielt. Einer der Gründe liegt darin, das die chinesischen illegalen Einwanderer vor allem durch Familienangehörige ausgebeutet werden, in Kleinbetrieben und Restaurants, um die Reisekosten abzubezahlen. Doch die Stille ist vorbei. Seit 1996 haben sich mehrere Generationen von Kollektiven „illegaler" chinesischer Einwanderer gebildet. Auch die neueste Mobilisierung hat wieder zu einem gewissen Politisierungsschub geführt. Auf Französisch und Chinesisch werden Demoparolen skandiert.

„Die Rückkehr der Sans-papiers" übertitelte die Pariser Abendzeitung ‘Le Monde' ihre Ausgabe vom 31. August. Damals war die Kirchenbesetzung durch „papierlose" Immigranten in der Pariser Vorstadt Saint-Denis zwei Wochen alt. Tatsächlich hat die Bewegung der papierlosen Einwanderer in Frankreich in den letzten anderthalb Monaten einen spürbaren Neuaufschwung genommen Die Pariser Großdemonstration vom 7. September wurde mit 12.000 Teilnehmern ein großer Erfolg.

Von der Rechts- zur Links- zur neuen Rechtsregierung

In den vorangegangenen drei Jahren war die Sans-papiers-Bewegung Zersplitterungs- und Erosionserscheinungen ausgesetzt gewesen. Die Hauptursache dafür lag wohl in der geschickten Politik des „Teile und herrsche", welche der linksnationalistische Innenminister Jean-Pierre Chevènement zwischen 1997 und 2000 eingeführt hatte.

Eine breite Bewegung aus Selbstorganisationen der Sans-papiers und UnterstützerInnen– aus der Linken, aber auch unter Beteiligung von prominenten Künstlerinnen und Intellektuellen – hatte Mitte der Neunziger Jahre die konservative Vorgängerregierung von Alain Juppé unter erheblichen Druck gesetzt. Die gesellschaftliche Solidarität, die sich rund um die Sans-papiers bildete, hatte am Ende sogar zu nicht unerheblichen Teilen zur Niederlage der Juppé-Regierung beigetragen. Denn angesichts einer breiten Front sozialer Widerstände, die sich zwischen 1995 und 1997 auftat, hatte das Mitte-Rechts-Kabinett am Schluss vor allem auf die rassistische Karte gesetzt. Neue repressive Ausländergesetze sollten verlorene Sympathie zurückbringen und die Angstgefühle von Teilen der Bevölkerung schüren. Doch das Heraustreten der „Illegalen" aus der Anonymität und ihr Auftritt als selbstbewusste Subjekte, statt als vermeintliche anonyme Bedrohung, erlaubte Identifikation mit ihrem Kampf. Die Rechnung Juppés und seines Innenministers Jean-Louis Debré ging nicht auf. Die Rechte provozierte Neuwahlen und lief in die Niederlage.

Doch nach dem Regierungswechsel im Juni 1997 praktizierte Chevènement eine geschickte Politik des Auseinanderdividierens. Eine allgemeine „Legalisierungsoperation" für alle ImmigrantInnen ohne gültigen Aufenthaltstitel sollte es nicht geben, wie dies noch unter der Linksregierung 1981 der Fall war – damals waren 132.000 „illegale" Einwanderer zu Aufenthaltstiteln gekommen. Dieses Mal sollte es vielmehr eine Einzelfallprüfung geben.

Insgesamt erhielten von 150.000 Antragsteller unter der Jospin-Regierung gut die Hälfte die ersehnte „Legalisierung", die andere Hälfte ging leer aus – damit sollte eine Botschaft an die linke wie an die rechte Wählerschaft gleichzeitig ausgesandt werden.

Die Kollektive und Koordinationen der Sans-papiers wurden dadurch erfolgreich gespalten. Das heißt nicht, dass es in den letzten Jahren keine Kämpfe gegeben hätte. Vor allem auf regionaler Ebene blieben „harte Kerne" der Sans-papiers-Bewegung

sehr aktiv. Auf landesweiter Ebene aber war die Bewegung zugleich zersplittert.

Neue Bewegung im August 2002

Das änderte sich jetzt, am Ende des Hochsommers 2002. Am 17. August besetzten Sans-papiers die große Basilika von Saint-Denis. Dies geschah mit dem Einverständnis des Priesters in dem Dom, unter dem mehrere Generationen französischer Könige beerdigt sind – weshalb es Ende August auch mehrmals zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit rechten monarchistischen Gruppierungen kam, die eine solche „Schändung der Königsgruft" beklagten. Die Kirche hingegen unterstützte, aus humanistischen Motiven, die Besetzung - das war eine Eigeninitiative der Gemeinde in der Pariser Vorstadt Saint-Denis, aber in offiziellen Stellungnahmen sprach auch die Hierarchie einem humanistischen Umgang mit den Sans-papiers das Wort.

Der Gemeindepriester des Doms von Saint-Denis, Bernard Berger, ist deswegen am 15. September durch Rassisten tätlich angegriffen worden, die ihm explizit die Aufnahme der Sans-papiers vorwarfen. Circa 10 junge Aktivisten besprühten ihn während der Sonntagsmesse mit Tränengas, Rasierschaum und Tinte. Sie hinterließen Flugblätter, in denen Berger als „Kollaborateur der Invasion" bezeichnet wurde und die mit „Unité amicale" (Freundschaftliche Einheit) unterzeichnet waren - eine durchsichtige Anspielung auf im August verbotene Neonazibewegung Unité radicale (Einheit der Radikalen).

Wie sich bei der polizeilichen Vernehmung am Montag (16. September) herausstellte, waren alle vier identifizierten Haupttäter Mitglieder oder aktive Symapthisanten von Unité radicale. Zugleich bezeichneten sie sich bei ihrer Vernehmung als „dem MNR (von Bruno Mégret) nahe stehend". Einer von ihnen war MNR-Parlamentskandidat im Département Yvelines, dem Bezirk von Versailles (bei Paris). Am 18.9. wurde ein Strafverfahren gegen die vier eröffnet. Die Nationale Koordination der Sans-papiers verurteilte die Aggression in einer offiziellen Stellungnahme und führte am Abend des 16.9. eine Solidaritätskundgebung vor der Basilika von Saint-Denis durch.

Im August hatte die Koordination der Sans-papiers im Département 93 (Bezirk von Saint-Debis, nördlich an Paris angrenzend) die „illegalen" Einwanderer aufgefordert, sich in der Kirche in Listen einzutragen, um einen kollektiven Antrag auf Aufenthaltspapiere zu stellen. Der „harte Kern" derer, die da kommen, besteht aus Leuten, die der „Legalisierungsoperation" unter der Jospin-Regierung leer ausgingen. Freilich sind in den letzten vier Jahren auch neue „illegale" Einwanderer dazugekommen, daher die anfänglichen Probleme mit der Unerfahrenheit von Betroffenen.

Doch die Besetzer wurden alsbald vom Erfolg ihrer Bewegung überrollt. Nachdem über 1.000 Sans-papiers sich eingetragen hatten, wurde am 30. August die Besetzung der Basilika abgebrochen, infolge eines Abkommens mit dem Gemeindepriester Bernard Berger. Denn man war zu der Ansicht gelangt, dass der Dom allein nicht alle „illegalen" Einwanderer aufnehmen könne, die bald auch aus anderen Städten und Départements herbeiströmten.

Die Einschreibung in die Listen der Sans-papiers-Kollektive wurde daraufhin nach Paris verlagert, wo sie in den ersten Septembertagen in der Bourse du travail - dem Gewerkschaftshaus – stattfand. An einem einzigen Tag trugen sich 3.000 Papierlose ein : Maghrebiner, Afrikaner, Chinesen. Zugleich fanden vom 3. September an jeden Tag Protestdemonstrationen vor den Präfekturen in den verschiedenen Bezirkshauptstädten im Großraum Paris statt. Dabei wurden erste Listen von Antragstellern aus dem jeweiligen Département übergeben, deren „Legalisierung" gefordert wird. Inzwischen haben sich 16.000 Migranten namentlich bekannt gemacht, die Aufenthaltstitel in Frankreich fordern.

Der neokonservative Innenminister Nicolas Sarkozy hat zugesichert, eine erneute „Einzelfallprüfung" – wie unter der Vorgängerregierung in den späten 90er Jahren – vorzunehmen, und dabei auch auf individuelle „schwierige Situationen" ein besonderes Augenmerk zu haben. Denn Sarkozys derzeitiger Albtraum ist es, dass sich die Solidaritätsbewegung erneut derart ausbreitet wie unter der Juppé-Regierung 1996/97.

Der Innenminister spielt daher auf Zeit. Eine bestimmte Anzahl individueller „Legalisierungen" dürften dabei wohl herauskommen, das Gesamtproblem aber wird es nicht lösen. Zumal Sarkozy gleichzeitig auch Fakten für eine härtere Abschottung gegenüber „illegalen" Immigranten schafft. Diesem Zweck diente seine Reise nach Bukarest am 30. August 02, wo er mit der rumänischen Regierung über Rücknahmebedingungen für „illegale" Migranten diskutierte. Und im Vorfeld der Tagung des EU-Ministerrats in Kopenhaen (vom 12. bis 14. September 02, unter der Ratspräsidentschaft der dänischen Rechts-Rechts-Regierung) wandte Sarkozy sich an seine europäischen Innenminister-Kollegen. Er schlug ihnen eine stärkere Koordinierung der Regeln zur Bekämpfung „illegaler" Einwanderung vor. Insbesondere sollten die EU-Regierungen sich über eine gemeinsame Linie bei der Rückkführung afghanischer Flüchtlinge verständigen. Frankreich will, so Sarkozy, EU-weit die Führerschaft bei Ausweitung kollektiver Abschiebungen übernehmen.

Streit unter den Solidaritätsvereinigungen

Die antirassistischen und solidarischen Vereinigungen sind derzeit gespalten. Die nationale Koordination der Sans-Papiers und die Rechtsberatungsgruppe für Immigranten GISTI fodern eine „allgemeine Legalisierung" und verwerfen die Einzelfallprüfung als Lösung. Der GISTI hat in diesem Zusammenhang die Initiative zu einer europaweiten Offensive ergriffen. Am vorigen Freitag, dem 13. September, hielt der GISTI zusammen mit einer britischen und einer portugiesischen Antirassismus-Organisation eine Pressekonferenz ab, auf der ein gemeinsamer Aufruf von 20 Organisationen zur EU-weiten „Legalisierung" aller so genannten illegalen Einwander vorgestellt wurde. Dieser kann inzwischen in mehreren europäischen Sprachen auf der Homepage des GISTI (www.gisti.org) heruntergeladen werden.

Hingegen sind die eher KP-nahe Antirassismusbewegung MRAP und die halblinke Liga für Menschenrechte (LDH) derzeit mit dem Regierungsvorgehen der Einzelfallprüfung noch einverstanden. Sie fordern freilich, eine möglichst große Zahl von Aufenthaltstiteln zu erteilen. Auf allgemeine Kritik stieß aber die Äußerung des Vorsitzenden von SOS-Racisme, einer der Sozialdemokratie nahestehenden Vereinigung: Malek Boutih hatte in einem Zeitungsinterview (mit ‚Libération' vom 7. September) erklärt, er sei gegen eine allgemeine Legalisierung, da dies „eine Sogwirkung nach Frankreich" schaffe. Von Solidarität ist das ziemlich weit entfernt. Innerhalb der sozialdemokratischen größten Oppositionspartei herrscht eher betretenes Schweigen, die wenigen öffentlichen Äußerungen fordern ebenfalls eine Einzelfall-Entscheidung.

Der neue Aufschwung der Bewegung hat auch damit zu tun, dass viele Immigranten sich durch die neue Rechtsregierung stärker bedroht fühlen – will diese doch die Asylverfahren künftig radikal straffen und in der Folge Kollektivabschiebungen, notfalls mittels Charterflügen, wieder einführen. 103 Sans-papiers sind in den vergangenen Wochen tatsächlich abgeschoben worden. Unter ihnen sind zwei der Teilnehmer des Fußmarschs der Sans-papiers vom März und April dieses Jahres: Abdelhak Bougherara aus Valence, und Ahmed Merabet aus Lyon.Damals hatten 60 „illegale" Immigranten, darunter viele Algerier, Frankreich von Marseille bis nach Paris zu Fuß durchquert, um öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen. Bei ihrer Ankunft in Paris am 27. April standen sie plötzlich an der Spitze eines Demonstrationszugs von 60.000 Menschen, weil der Rechtsextremist Le Pen eine Woche zuvor ein hohes Wahlergebnis erreicht hatte. Das war im Frühjahr. So stark sind die Proteste derzeit nicht.

Die nächste Pariser Großdemonstration zugunsten der Sans-papiers findet am Samstag, 19. Oktober statt. Am Vormittag des 15. September, einem Sonntag, wurde zudem die Kirche Saint-Ambroise im 11. Pariser Bezirk besetzt – ein symbolträchtiger Ort: An dieser Stelle hatte im März 1996 die erste Besetzungsaktion stattgefunden, welche die damalige Sans-papiers-Bewegung ins Rollen brachte. Wie damals lehnt aber die stockkonservative örtliche Kirchengemeinde die Besetzung durch die „papierlosen" Einwanderer ab, anders als in der Basilika der Vorstadt Saint-Denis. Wie 1996 war daher eine rasche polizeiliche Räumung zu befürchten – aber die Besetzer gingen nach wenigen Stunden von allein. Die örtliche Kirchengemeinde versprach darauf hin, sich beim Pariser Erzbischof Jean-Marie Lustiger dafür zu verwenden, dass dieser sich bei der Regierung für die Sans-papiers einsetzt. Das Ergebnis ist erst einmal nicht sehr greifbar. Doch die symbolisch wichtige Handlung bleibt. *Bernhard Schmid* ■

Terror und Neue Weltordnung

Zwei neue Bücher beleuchten Hintergründe und Konsequenzen der Attentate vom 11.9.2001

Der Jahrestag ist vorüber. Es gab kein Jubiläumsattentat, die Ängste vor Wiederholungsakten lösen sich und man geht wieder zur Tagesordnung über. Jedenfalls sieht der private Alltag, thematisch bestimmt von den ständig neuen Akzenten einer schnelllebigen Medienlandschaft, für die meisten kaum anders aus als vor den Terroranschlägen vom 11.9.

Auf politischer Ebene hingegen besteht keineswegs der status quo ante. Sie ist entscheidend geprägt durch den „Krieg gegen den Terrorismus", von den USA als lange andauernd, umfassend und tiefgreifend angekündigt. Die aktuelle globale Gemengelage soll nach den Intentionen der Bush-Administration verstanden werden als Anfangsphase eines ebenso lang andauernden, umfassenden und tiefgreifenden Transformationsprozesses, an dessen Ende eine neue Weltordnung steht, in der die eindeutige globale Vorherrschaft der USA unbestreitbar und unumkehrbar ist.

Dieser Prozess, seine Hintergründe und Zielsetzungen sind Gegenstand zweier Bücher, die hier vorgestellt werden sollen:

Felicitas von Aretin/Bernd Wannenmacher (Hrsg.): Weltlage – der 11. September, die Politik und die Kulturen. Leske+Budrich 2002

und:

Winfried Wolf: Afghanistan, der Krieg und die neue Weltordnung. Konkret Literatur Verlag 2002

In der „Weltlage" stellen Wissenschaftler aus unterschiedlichsten Disziplinen in 15 Aufsätzen ihre Sicht der Hintergründe und der Auswirkungen des 11. September dar.

Im zweiten Buch setzt sich ein einziger Autor, der PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf, aus anderer Perspektive mit Hintergründen und Folgen der Attentate vom 11.9. auseinander. Seine Schwerpunkte sind: Drahtzieher internationaler Konflikte, Triebkräfte im „Krieg gegen den Terrorismus", Bundesrepublik Deutschland im Krieg, Kommende Kriege und notwendige Gegenwehr.

Beide Bücher zusammen bieten mit ihren unterschiedlichen Herangehensweisen in wissenschaftlicher wie in politischer Hinsicht ein komplexes Bild mit kompetenten Einschätzungen und gut recherchierten Hintergrundinformationen.

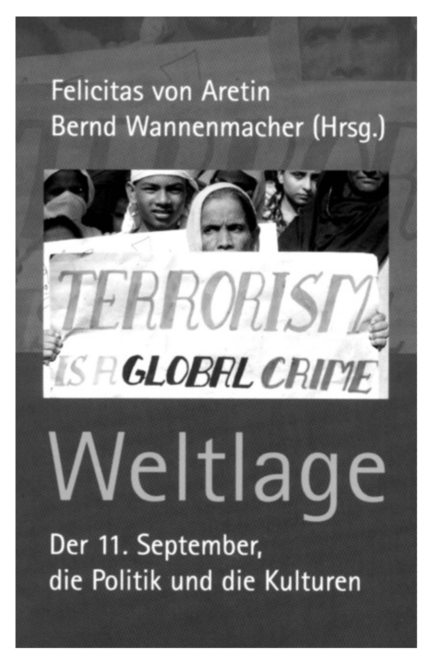
Gefahren des Fundamentalismus

Bei Aretin u.a. werden Hintergründe der Anschläge vom 11.9.01 vor allem durch Herausarbeiten der möglichen Beziehung zwischen Islam, Fundamentalismus, Islamismus und Heiligem Krieg auf der einen und terroristischen Tendenzen auf der anderen Seite sowie durch umfassende Informationen über die jüngsten Entwicklungen und die aktuelle Lage in Saudi-Arabien, Pakistan und Afghanistan erhellt.

Friedemann Büttner, Politologe an der Berliner FU, sieht in den Anschlägen des 11.9. ein „Ereignis..., bei dem sich Religion, Politik und Gewalt zu einem Knäuel von Motiven und Handlungen verbunden haben". Er spricht von Zielen, die mit verbrecherischen Mitteln verfolgt und „mit religiösen Argumenten gerechtfertigt wurden, in der Richtung aber politisch" waren. Jegliche Form eines religiösen Fundamentalismus birgt nach Büttner die Gefahr terroristischer Gewalt aus dem „Impuls, sich an den Fundamenten der religiösen Traditionen zu orientiern" und dem „Wunsch nach Glaubensgewissheit und Nähe zu Gott". Muslime sind grundsätzlich offen in der Suche nach Antworten auf die Grundfragen ihrer spezifischen gesellschaftlichen Situation. In ihrer fundamentalistischen Ausprägung aber treten sie auf mit dem Anspruch, die absolute Wahrheit zu besitzen. Sie dulden keine Abweichungen. Darin aber liegt eine Tendenz zur Radikalität bis hin zu extremer Gewaltbereitschaft. An mehreren Beispielen zeigt Büttner auf, dass unter Muslimen „dort, wo ihnen mit politischer Repression begegnet wird, ... Radikalität, Gewaltbereitschaft und Nachwuchs für den dann ‚heiligen Krieg'" wachsen.

Stefan Rosiny, Islamwissenschaftler an der FU, stellt ein grundsätzliches „Bemühen, den Islam als Religion und als Herrschaftsbereich auszubreiten" fest, das jedoch nicht zwangsläufig mit kriegerischen Mitteln verfolgt wird. Er zeigt aber auf, dass der Koran durchaus Ansatzpunkte für militante Interpretationen bietet. In diesen Zusammenhang stellt er eine 1998 als Fatwa ausgegebene Verlautbarung von Usama bin Laden und 4 weiterer Islamisten mit dem „Urteil, die Amerikaner und ihre Alliierten, Zivilisten und Militärs gleichermaßen zu töten".

Rosiny führt den „wachsenden Einfluss islamistischer Laien wie bin Laden" auf den „Legitimationsverlust der Regime in der Region" und den „Autoritätsverlust der staatsnahen, als regimetreu wahrgenommenen Theologen" zurück. Solche militanten Laien finden im Islam „ein reichhaltiges Repertoire an Texten und Symbolen, die sich als Versatzstücke mißbrauchen und zu gewalttätigen Lehren kombinieren lassen". Abschließend mahnt er: „Weitere Anschläge lassen sich nur verhindern, wenn die Ursachen der tiefen Unzufriedenheit angegangen werden, die Menschen dazu veranlassen, sich von solch Menschen verachtenden Lehren verführen zu lassen."



Islamische Staaten im Blick

Guido Steinberg, Islamwissenschaftler an der FU, zeigt die tiefe Widersprüchlichkeit der saudi-arabischen Politik auf, die im noch bestehenden Bündnis mit den USA und andererseits einer vorherrschenden radikal-puritanischen Interpretation des Islam, der Wahhabiya, mit der expliziten Zielsetzung weltweiter Verbreitung liegt. Die noch weiter zunehmende antiamerikanische Stimmung im Land schlägt sich aber mehr und mehr in einem außenpolitischen Umschwung des saudischen Regierungskurses nieder, der auch die billigende Inkaufnahme einer Verschlechterung der Beziehungen zu den USA umfasst.

In Pakistan sieht Markus Daechsel, Historiker an der Londoner Universität, einen krassen Widerspruch zwischen dem Anspruch einer „islamischen Groß- und Atommacht" und der „täglich erfahrenen Unzulänglichkeit des Landes". Das Erleben dieses Widerspruchs ist verbunden mit dem verbreiteten Empfinden, dass die Muslime weltweit „Opfer westlich-jüdischer Unterdrückung" seien. In Pakistan ist es nur sehr schwer möglich, die Grenzen „zwischen einem säkularen Nationalismus und einem wie auch immer gearteten Fundamentalismus" auszumachen.

Daechsel konstatiert vielfältige Gefahren eines Auseinanderbrechens des Landes. Er befürchtet, „dass sich die so-

ziale und politische Unzufriedenheit auf dramatische Weise entladen wird“ und prognostiziert, dass dabei „der Islam als politische Sprache eine große Rolle spielen“ wird.

Afghanistan sieht Fred Scholz, Entwicklungsländer-Experte an der FU, im 19. und im größten Teil des 20. Jahrhunderts als Spielball „der konkurrierenden Interessen Groß-Britanniens, später auch der USA und Japans einerseits und Russlands andererseits“. Er stellt die zentrale Rolle der zentralasiatischen Erdgas- und Erdölvorkommmen und die starken Zugriffstendenzen auf diese Ressourcen heraus und schildert, wie damit „Afghanistan und die Taliban ins Spiel globaler ökonomischer und geopolitischer Interessen“ gerieten. Scholz sieht in diesen Zusammenhängen die „aktuellen, extern begründeten Ursachen“ der „Afghanistan-Frage“.

Ökonomische und geopolitische Interessen

Diese Zusammenhänge haben im zweiten hier vorgestellten Buch, der Arbeit von Winfried Wolf, einen zentralen Stellenwert. Er vertritt die These, dass der Krieg in Afghanistan und der ihm als Auslöser dienende Terrorismus erheblich mit der Abhängigkeit der Weltökonomie von Öl und Gas zu tun haben. Dieser Zusammenhang ist allerdings nicht in simpel mechanistischem Sinne zu verstehen. Vielmehr findet er seinen Niederschlag in vielfältigen, teilweise auch widersprüchlichen Entwicklungen.

Fest steht, dass sich die USA mit Anteilen von 5 % der Weltbevölkerung und über 25 % des weltweiten Ölverbrauchs in einer verschärften stofflichen Abhängigkeit zu den Energieressourcen befinden. Entsprechend stark sind die offenen und versteckten energiepolitischen Implikationen und Akzente des Regierungskurses der Bush-Administration. Und entsprechend massiv ist auch die Entschlossenheit, mit allen Mitteln die effizientesten Zugriffsmöglichkeiten zu erlangen und zu sichern.

In den 90er Jahren gerieten auf Grund unterschiedlicher Pipeline-Projekte und -Optionen die USA mit diesem Interesse ins Hintertreffen. Schon in dieser Phase reiften in herrschenden Kreisen der USA entsprechend militante Abhilfeerwägungen. So sprach der frühere Sicherheitsberater Brzezinski vom „eurasischen Balkan“ als einem „ökonomischen Filetstück, das durch Ausnutzen und Verschäfen ethnischer Konflikte angenähert“ werden sollte.

Zur Realisierung ihrer energiepolitischen Begehrlichkeiten verfolgt nun die Bush-Administration eine vierfache Zielsetzung: Stärkung der Unabhängigkeit der fünf zentralasiatischen Staaten mit Bindung an den Westen, Brechung des russischen Monopols über die Transportwege, Betreiben einer Ost-West-Pipeline über den Iran und Verhindern der Kontrolle eines Landes über die Region.

Wolf zeigt auf, dass der nach dem 9.11. eingeleitete „Krieg gegen Terror“ in erster Linie in dieser Zielsetzung begründet ist, zum wenigsten hingegen in der vorgeblichen Verteidigung von Zivilisation und Freiheit. Er sieht ein klares „Kontinuum, geopolitische und materielle US-Interessen in einer strategisch entscheidenden Region zu verfolgen“.



Auswirkungen des 11.9.

Im Aretin-Band geht der FU-Politologe Manfred Berg der Frage nach, „wie die amerikanische Demokratie dieser Herausforderung begegnet“. Er äußert die Befürchtung, „dass Bürgerrechte und Freiheiten substanziell eingeschränkt werden“ und erkennt in der Geschichte der USA „mitunter Tendenzen zu hysterischen Reaktionen auf reale oder eingebildete Gefahren“.

Ein weiterer FU-Politologe, Andreas Etges, macht im Paket der politischen Reaktionen der Bush-Administration auf den 11.9. eine „klare Macht- und Kompetenzverlagerung hin zur Exekutive, mit einem viel stärkeren Präsidenten“ aus. Er beklagt dessen deutlichen Mangel an Bereitschaft zu internationaler Kooperation: „Die Amerikaner sind dabei, die nach dem Attentat zunächst gewonnene internationale Sympathie wieder zu verspielen und den Angriff der Terroristen auf ihre offene Gesellschaft selbst weiter zu führen.“

Tilman Brück, Wirtschaftswissenschaftler am Berliner DIW beleuchtet die wirtschaftspolitischen Reaktionen der US-Regierung. Deren massive und vielschichtige Schritte zur Konjunkturbelebung kennzeichnet er als „neuen pragmatischen Keynesianismus“. Die besonders drastischen Aufstockungen der Rüstungsausgaben kritisiert er als „sehr ineffiziente keynesianische Wachtumsprogramme“. Brück sieht nur in einem deutlichen wirtschaftspolitischen Kurswechsel des Westens eine Chance zur Lösung der sozialen und ökonomischen Probleme in den arabischen und islamischen Ländern: „Wirtschaftliche Entwicklung in der ganzen Welt wird so zur wichtigsten Waffe gegen den neuen globalen Terror“.

Kriegsziel Wachstum

Winfried Wolf geht in seiner Arbeit erheblich pointierter auf den wirtschaftlichen Kurs der Bush-Administration nach dem 11.9. ein. Er hebt Bushs unverblümtes Bekenntnis hervor, dass „Kriegsziel ... auch das Wachstum der US-Wirtschaft“ sei. Anhand mehrerer Beispiele weist er nach, dass die massiven wirtschaftspolitischen Eingriffe der US-Regierung zwar auch auf die Verbesserung der krisenhaften Auswirkungen der Terroranschläge, vor allem aber auf eine nachhaltige Verbesserung der geostrategischen, energiepolitischen und militärstrategischen Position der USA gerichtet sind. In diesen Zusammenhang stellt Wolf die Zinspolitik der USA – elfmalige Senkung von 6,5 auf 1,75 % in wenigen Monaten –, die allgemeine Haushaltspolitik mit einem Konjunkturprogramm im Umfang von 3 % des Bruttosozialprodukts und vor allem das nie zuvor dagewesene Volumen der Aufstockung des Rüstungshaushalts auf 300 Mrd. $ für das kommende Jahr – 45 % mehr als 2002!

Dieser gewaltige Anstieg der Militärausgaben hebt nicht nur auf die ökonomische Stärkung der US-Rüstungskonzerne ab. Mit ihm wird auch der Versuch der EU-Staaten konterkariert, einen konkurrenzfähigen europäischen Rüstungskomplex aufzubauen. Ein solcher ist zwar durch das projektbezogene Zusammengehen von Frankreich, Spanien und Deutschland tatsächlich entstanden. Er krankt aber von vornherein daran, dass Großbritannien nicht nur außen vor blieb, sondern auch noch in erheblichem Umfang in das US-Projekt Joint Strike Fighter eingebunden wurde. Allein dieser Flieger stellt mit einem Gesamtvolumen von 200 Mrd. $ die kleineuropäischen Projekte – A 400 M-Transportflugzeuge: 18 Mrd. $ und Eurofighter: 20 Mrd. $ – weit in den Schatten.

Alleingang mit System

Ausführlich beleuchtet Wolf die neue Qualität des bündnisfernen Kriegskurses der USA: „Eine neue Etappe in der internationalen Politik hat begonnen, die auf dem diplomatischen Parkett ausschließlich von den USA bestimmt wird.“ Dabei streift die Bush-Administration völkerrechtliche Einbindungen ebenso rücksichtslos ab wie sie sich über hemmende Bündnis-Strukturen hinwegsetzt.

Mit drastischer Deutlichkeit verkündete US-Senator McCain auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2002: „Das ist eine neue Art von Krieg. Wir brauchen keine anderen Truppen als unsere Hightech-Soldaten.“

Das unbeirrte Festhalten Bushs an seinen Kriegsplänen gegen den Irak folgt der Logik dieser Verfolgung „nationaler

Interessen" im Alleingang – sieht man ab von der Vasallenrolle, in die sich die britische Regierung begeben hat. Der Irak ist „hinlänglich dämonisiert", die fortgesetzten Luftangriffe der US- und GB-Luftwaffe werden international geduldet, und auch die Wirtschaftssanktionen sind nur mäßig umstrittten. Und wenn es auch nicht gelang, dem Irak eine Unterstützung oder Steuerung von Al Qaida anzuhängen, so reicht dem US-Präsidenten doch ein Bündel von unbewiesenen, von Experten für unsinnig gehaltenen Behauptungen zum Thema Massenvernichtungswaffen.

Die wahren Motive dieses Aggressionskurses liegen in der oben aufgezeigten Abhängigkeit von Erdöl- und -gasressourcen und im immer klarer hervortretenden Hegemoniestreben der USA. Immerhin handelt es sich beim Irak um den Staat mit den zweitgrößten Erdölvorräten der Welt. „Gründe und Hintergründe für einen Krieg gegen den Irak muten vertraut an: geostrategische Interessen, Energieinteressen, Interessen des militärisch-industriellen Komplexes und der Konkurrenzkampf USA-Westeuropa."

Stärkung der Antikriegsposition

Im letzten Kapitel zeigt Wolf die Notwendigkeit einer starken Opposition gegen die „vielfältigen Phänomene der Militarisierung auch in Deutschland, allgemein und kulturell" hin. Er plädiert für breite Bündnisse für einen wirkungsvollen Vortrag der Antikriegspositionen in Westeuropa und Deutschland – Bündnisse mit der globalisierungskritischen Bewegung, mit Gewerkschaften, Migranten und sozialen Bewegungen.

Er fordert von diesem Bündnis die offene Identifizierung der Kräfte des Militarismus. Als solche benennt er – wie aufgezeigt – die geostrategischen und energiepolitischen Interessenten in den westlichen Industriestaaten, besonders auch die militärisch-industriellen Komplexe und schließt mit der Feststellung: „Doch letzten Endes findet sich die Antwort im Kapital selbst, in einer Gesellschaftsordnung, die auf Geld, Warenwirtschaft und Kapital aufbaut und deren innere Triebkraft nicht menschliche Bedürfnisse und Wünsche, sondern ausschließlich der Profit oder die ‚Gewinnerwartungen' sind." *Oswald Pannes* ■

Mittwoch, 9. Oktober, 20 Uhr, Linkes Zentrum, Corneliusstr. 108 (Hinterhof), Düsseldorf

Rechtsrutsch in den Niederlanden?

Die Wahlerfolge der rechtspopulistischen „List Pim Fortuyn" und insbesondere das gesellschaftliche Klima nach der Ermordung Pim Fortuyns lassen erahnen, dass einer fortschrittlichen Politik in den Niederlanden das eine oder andere Problem ins Haus steht. Wie aber konnte es zu dieser Entwicklung kommen und wie ist diese zu bewerten?
Was ist die „List Pim Fortuyn", was sind ihre Ziele und was ist sie noch wert nach der Ermordung ihres Frontmannes? Wie ist die extreme Rechte in den Niederlanden strukturiert und welche Bedeutung hat sie? Unabhängige niederländische AntifaschistInnen von der Gruppe KAFKA werden auf der Veranstaltung versuchen, die aktuelle Situation darzustellen und zu erläutern.

Veranstaltet von der Antifaschistischen Aktion Düsseldorf und dem Antifa-Ak an der FH mit freundlicher Unterstützung von LOTTA, der antifaschistischen Zeitschrift aus NRW

Freitag, 11. Oktober, 20 Uhr, Linkes Zentrum, Corneliusstr. 108 (Hinterhof), Düsseldorf

Nordengland: Durch Thatcher verwüstet… von Blair´s New Labour alleingelassen… bald von Nazis beherrscht?

Vielen werden die Fernsehbilder noch in Erinnerung sein: Massive Ausschreitungen zwischen asiatischen Jugendlichen und der Polizei in Folge eines neonazistischen Überfalls auf ein insbesondere von MigrantInnen bewohntes Viertel in Oldham, Nordengland. Nicht nur hier erzielte die neonazistische „British National Party" (BNP) bei den letzten Wahlen über 25 % der Stimmen. Graeme Atkinson, antifaschistischer Journalist und Gewerkschafter, Europakorrespondent der englischen antifaschistischen Zeitschrift „Searchlight" referiert über die Lage in Nordengland, über die neonazistische Offensive und antifaschistische Gegenwehr.

Eine Veranstaltung der Antifaschistischen Aktion Düsseldorf, in Kooperation mit dem Antifa-AK und der Arbeitsstelle Neonazismus an der FH, mit freundlicher Unterstützung von LOTTA, der antifaschistischen Zeitschrift aus NRW

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

Gedenkstätten für „Vertriebene" in Tschechien und Polen

Das erste in der Tschechischen Republik errichtete Denkmal für Sudetendeutsche ist am 15. September enthüllt worden. Es erinnert an 22 Deutsche, die im Juni 1945 während ihrer Aussiedlung aus der Tschechoslowakischen Republik erschossen worden waren. Die Finanzmittel für das Denkmal im nordtschechischen Teplice nad Metuji wurden größtenteils vom Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds spendiert, der – mit Geldern des deutschen und des tschechischen Staates ausgestattet – angeblich der deutsch-tschechischen „Versöhnung" dient. An der Planung des Denkmals, gegen das die örtliche Bevölkerung heftig, aber vergeblich protestierte, wurden auch deutsche „Vertriebene" beteiligt. Bei der feierlichen Enthüllung des Denkmals mussten der tschechische Senatspräsident und der Präsident des tschechischen Abgeordnetenhauses es zulassen, dass neben ihnen auch Bernd Posselt an der Veranstaltung teilnahm, der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der ständig in die tschechische Innenpolitik einzugreifen versucht.

Einen Tag später, am 16. September, ist in Polen unter der Schirmherrschaft des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge" eine Gedenkstätte für Deutsche eingeweiht worden, die ebenfalls nach dem Zweiten Weltkrieg umgesiedelt werden sollten. Die Geehrten waren in den Jahren 1945 und 1946 – teilweise aufgrund von Gewalttaten der Lagerverwaltung – in einem Internierungslager in Lambinowice umgekommen, in dem umzusiedelnde Deutsche, aber auch aktive Nazis interniert wurden. In Polen ist dies allerdings nicht die erste Gedenkstätte, die an die deutschen „Vertriebenen" erinnert. Bereits am 26. Mai 2001 ist im nordpolnischen Frombork in Anwesenheit einiger hundert Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen ein Denkmal für die angeblich 30.000 Deutschen enthüllt worden, die bei der Flucht über das Frische Haff zu Tode gekommen sein sollen.

Die Gedenkstätten für die deutschen „Vertriebenen" in Polen und der Tschechischen Republik, denen weitere auch in anderen Staaten folgen dürften, helfen bei der Umsetzung einer infamen Strategie: Mit der Erinnerung an auf dem Weg in den Westen zu Tode gekommene Deutsche wird der Verlauf der Umsiedlung als angebliches Unrecht dargestellt und damit letztlich der Rechtscharakter der Umsiedlung insgesamt bezweifelt. Mit den Gedenkstätten wird breitenwirksam ausgedrückt, was in den vergangenen Monaten prominente Sozialdemokraten gefordert haben: *Fortsetzung Seite 16*

„Antikapitalismus" von rechts

Nation & Europa 9-2002

„Deutschland wählt...und nichts ändert sich" heißt es auf dem Titelblatt der Septemberausgabe von „Nation & Europa" - doch wer erwartet, dass das Thema im Heftinneren eine gewichtige Rolle spielt, sieht sich getäuscht. Stattdessen wird die Systemfrage gestellt:

„Globalisierung als Raubzug" nennt *Karl Richter* seinen Beitrag, in dem er vom „Offenbarungseid des westlichen Neoliberalismus" spricht und diagnostiziert: „Ein rundum asoziales System. Es funktioniert, weil sich die Opfer nicht wehren, nicht wehren können". Mit System aber meint er nicht eine bestimmte Art und Weise der Produktion von Waren und Aneignung der Gewinne sondern die Wirtschaft der USA, in der er den Hauptfeind sieht:

„Amerika mutiert vor unseren Augen zum globalen Raubstaat. Wer sich weigert, Washington seine Rohstoffe auszuliefern, der muß auf die amerikanischen Tarnkappenbomber nicht lange warten. Wer sich weigert, seine Volkswirtschaft zu privatisieren und dem internationalen Ausverkauf preiszugeben – das Exempel Jugoslawien – der wird plattgemacht. Und am Ende der Verwertungskette stößt man immer auf die gleichen Namen: Chase Manhattan, Goldman Sachs, Salomon Smith Barney, Merrill Lynch, J.P. Morgan. Die neoliberale Globalisierung ist kein Naturgesetz. Sie ist, daraus machen US-Politiker schon lange kein Hehl mehr, in erster Linie ein amerikanisches Geschäft".

Mit Rezepten, mit denen dem Neoliberalismus zu begegnen sei, hält sich Richter zurück: „Alternativen? Es gibt sie. Die kommunistische, Die islamische, Die soziale Marktwirtschaft. Den ‚geschlossenen Handelsstaat' nach Fichte. Den ‚dritten Weg'. Dazu aber bedarf es mutiger, phantasievoller, ungebundener Kräfte. Sie sind derzeit nicht wirkmächtig, doch ihre Stunde rückt näher".

Franz Schönhuber, immer ein Freund des offenen Wortes, wird zum gleichen Thema deutlicher, ja eindeutig: „Bleibt der dritte Weg. Wie soll er aussehen? Ein Rückgriff auf nationalsozialistisches Gedankengut wäre fatal. Trotz der unbestrittenen sozialen, arbeitspolitischen und wirtschaftlichen Erfolge hat sich der Nationalsozialismus durch seinen verbrecherischen Rassismus für alle Zeiten diskreditiert. In Italien kann dagegen eine gewisse Renaissance des Faschismus beobachtet werden, wobei seine Anfänge, vor allem aber seine Schlußphase in der Republik von Saló günstiger beurteilt werden als die dazwischenliegende Zeit der vollen Machtentfaltung. Gerade in der 1943 gegründeten ‚Sozialen Republik Italien' kam das ursprünglich linke Gedankengut wieder zur Geltung, allerdings zu spät.... Dort wo sich der Sozialismus auf nationalem Boden entwickelte, auf Geschichte, Tradition, geistige und wirtschaftliche Lage des jeweiligen Landes Rücksicht nahm, erbrachte er für die Menschen positive Ansätze".

Natürlich weiß Schönhuber, dass die „Republik von Salo" nur deshalb entund für eine kurze Zeit bestehen konnte, weil ihre Basis die Waffen der Hitlerwehrmacht und ihr Mittel der Mordterror gegen den starken antifaschistischen Widerstand in Italien waren. Aber das wird nicht erwähnt, denn der frühere Republikaner-Chef will ja „links" klingen. Geblieben ist er allerdings der Faschist und Antisemit, der er immer war:

„Sie wissen, was Globalisierung bedeutet, nämlich Amerikanisierung plus Judaisierung. Wobei unter letzterem nicht das Judentum schlechthin verstanden werden darf, auch da gibt es Globalisierungs- und Kriegsgegner, sondern jene vom Zionismus geprägte Schicht aus Politik, Wirtschaft und Bankenwelt".

Noch klarer formuliert da nur noch *Torsten Schnierstein*, Diplom-Volkswirt aus Berlin, der in einem Leserbrief zeigt, dass er Schönhuber genau verstanden hat: „Dabei wird gezielt verschleiert, daß in der BRD schon längst Verhältnisse wie in der unsäglichen `Weimarer Republik´ herrschen und daß es einen Unterschied zwischen raffendem Kapital (Konzerne) und schaffendem Kapital (Mittelstand) gibt". *tri* ■

Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten!

Insgesamt sind bisher

1063,– Euro eingetroffen

(Stand 23. September 2002)

Vielen Dank!

Vom Spendenziel 3000 Euro sind wir damit leider noch weit entfernt, wir hoffen auf weitere Unterstützung.

Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto 10419507

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 60,- DM).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Fortsetzung von Seite 15:

Die gesetzlichen Grundlagen für die Umsiedlung – in Tschechien die „Benes-Dekrete", in Polen die „Bierut-Dekrete" – sollen für ungültig erklärt werden. Gelingt dies, dann sind beispielsweise die politisch notwendigen und legal durchgeführten Enteignungen von Deutschen nicht mehr rechtmäßig, und die Nachkommen der selbst ernannten „Herrenmenschen", die ganz Europa und die angrenzenden Regionen mit Krieg überzogen, Unzählige ermordet und die industrielle Vernichtung von Millionen Menschen betrieben hatten, könnten in den einst von Deutschen besetzten Gebieten wieder Ansprüche geltend machen.

Jörg Kronauer ■